

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Montage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 1/2 Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Zweihundsechzigster Jahrgang.

Inserate

1/4 Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Annoucen: Annahme-Bureau der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Jozowicz, Markt 74 und Hrn. Krupski (C. S. Arici & Co.), Breitstraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichsstraßen-Ecke Nr. 4; in Rogasen bei Herrn Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Herrn Hermann Castiel; in Grätz bei Herrn Louis Streland und Herrn D. Kempner; in Bromberg C. S. Wittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Saasenfein & Fogler; in Berlin, München, St. Gallen: Rudolf Woffe; in Berlin: A. Pelenmeyer, Schlossplatz; S. Albrecht, Zeitungs-Annoucen-Expedition, Taubenstraße 34; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sacke & Co.; in Breslau: Emil Kabath; Jenke, Bial & Freund; in Frankfurt a. M.: G. L. Paube & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

Ämliches.

Berlin, 12. Mai. Se. M. der König haben Allergnädigt geruht: Dem General-Direktor im königlich-niederländischen Finanzministerium, Uytendouven, den Rother Adler-Orden zweiter Klasse mit dem Stern, dem Geh. Reg.-Rath und Zollvereins-Bevollmächtigten v. Leffing zu Karlsruhe und dem Reg.- und Bau-Rath Wurffbain zu Arnstadt bei Erfurt den Rother Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Musikdirektor Costa zu London den Rother Adler-Orden dritter Klasse, dem R. portugiesischen Geschäftsträger in den Plata-Staaten, Baron de Souza, den R. Kronen-Orden zweiter Klasse, dem General-Direktor des Großherzoglich badischen Hoftheaters in Karlsruhe, Dr. Devrient, den R. Kronen-Orden dritter Klasse, dem Syndikus der mecklenburgischen Jagel- und Mobilien-Brandversicherungs-Gesellschaft, Advokaten Behm zu Neu-Brandenburg, und dem Bahnhofs-Inspektor Uebber zu Hagenow im Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin, den R. Kronen-Orden vierter Klasse; sowie dem Oberleutnant Komarowski zu Moschitz, im Kreise Kottbus, die Rettungs-Medaille am Bande; ferner den Ober-Reg.-Rath Schow und Wächter zu Hannover den Charakter als Geh. Reg.-Rath, und dem Kriegsrathe Casse zu Danabrid den Charakter als Reg.-Rath zu verleihen; und den bisherigen Legations-Rath v. Protz in Hannover zum Reg.-Rath zu ernennen.

Deutschland.

Berlin, 12. Mai. Die Finanzpolitik, wenn man von solcher reden kann, des Bundespräsidiums und der Bundesregierungen mit ihren, unbekümmert um den allgemeinen Widerspruch festgehaltenen Entwürfen und Vorschlägen führt auf der einen Seite dazu, die verschiedenen Theile der liberalen Partei einander wieder einigermaßen näher zu bringen, wie das auch bei verschiedenen Gelegenheiten bereits hervorgetreten ist, auf der andern Seite lockert sie den Zusammenhang der Nationalliberalen mit dem — Ministerium, hätte ich beinahe gesagt, sagen wir statt dessen, mit dem Bundeskanzleramt, der früher in höherem Grade bestand. Man fängt an, die gegenseitige Fühlung zu verlieren, weil in manchen Punkten eine gemeinsame Grundlage nicht mehr oder wenigstens zur Zeit nicht anerkannt werden kann. Die Folge davon ist, daß gelegentlich Anträge gestellt und Beschlüsse gefaßt werden, die dem Bundeskanzleramt sehr überraschend kommen, weil es gar nicht auf sie vorbereitet war und von der Tendenz des Antrags vorher nichts verlautet hatte. In diesem Sinne soll Präsident Delbrück sich einigermaßen piquirt und mißbilligend über die gestrige Annahme des Forderbeck'schen Antrags auf Verschlebung der Abstimmung über die Matricularbeiträge geäußert haben. Mißbilligend — aber wer trägt die Schuld davon, daß die liberale Majorität des Reichstags sich außer Stande sieht, einen Zusammenhang aufrecht zu erhalten, den aufzugeben sie gar keine Veranlassung hätte, wenn es möglich wäre ihn irgendwie fruchtbar zu machen? Allerdings kam der Antrag des Herrn v. Forderbeck einigermaßen wie aus der Pistole geschossen, aber schon der Charakter des Antragstellers bürgt dafür, daß dies Verfahren viel weniger seinem individuellen Geschmac entspricht als er sich ungezwungen und gewissermaßen selbstverständlich aus dem Charakter der gegenwärtigen Situation ergibt. Dieser Charakter besteht vor Allem darin, daß die oberste Leitung des Bundes in allen Budgets- und Steuerfragen ganz selbstständig und nach eigenem hohen Ermessen vorgeht, ohne sich im geringsten eine Fühlung mit der Majorität zu erhalten, ohne sich viel um die Wahrscheinlichkeit der Annahme ihrer Projekte vorher zu kümmern, ohne eine Verständigung, auf die sie weiter fußen könnte, irgendwie anzubahnen. Einem Artikel der „Prov.-Corr.“, der mit den abenteuerlichsten Argumenten operirt, wird in dieser Beziehung die ganze Arbeit überlassen, einige Seiten beim Grafen Bismarck sollen möglicherweise nachhelfen, können aber bei aller Liebeshwürdigkeit des Wirthes doch unmöglich die thatsächliche vorhandene Lücke des mangelnden Einverständnisses erheben. Es hilft nichts, daß das Bedürfnis sich zu verständigen und ein Einvernehmen zu erzielen in der eilften Stunde sich gewöhnlich geltend macht und dann einen Kompromiß zu erzielen pflegt, der manchmal weder gehalten noch gestochen ist. Sollte das Bundesgesetz, das mehr und mehr auf gänzlich unfahrbare Geleise zu gerathen droht, wieder auf einen praktikablen Weg gebracht werden, so müßte nothwendig von dem Versuch einer Verständigung in so wichtigen Fragen, wie sie die Steuerverhältnisse betreffen, ausgegangen und nicht damit geschlossen werden. Wie wenig dies der Fall oder vielmehr wie sehr das gerade Gegentheil der Fall ist, beweist am besten das geradezu unerhörte Verfahren betreffs der Börsensteuer, deren Selingen man vermuthlich durch ein strenges Geheimhalten zu sichern glaubte, während die Folge nur ist, daß ihr jezt jeder Anhalt in der öffentlichen Meinung fehlt. Der Rückschlag dieser Verhältnisse auf das parlamentarische Verhalten des Reichstags kann natürlich nicht ganz ausbleiben. Wäre der erwähnte Antrag Forderbeck's, der durch die Steuerverhältnisse wesentlich bedingt war, vorher bekannt geworden, so hätte vielleicht eine äußerste Anstrengung der Konservativen und eine PreSSION auf die unsicheren Elemente der Liberalen genügt, um eine Majorität gegen ihn zu Wege zu bringen. Bei aller Werthschätzung für das Bundeskanzleramt würde eine Operationsmethode, die zu solchen Resultaten führte, doch eine etwas wunderbare Taktik für die liberale Partei sein.

Der Prinz-Admiral Adalbert kehrt in etwa acht Tagen aus dem Kurort Karlsbad hierher zurück, und wird dem König auf der Reise nach Hannover, Hesse, Oldenburg, dem Sadebusen re. begleiten. Auch der Groß-

herzog von Mecklenburg-Schwerin wird sich in Begleitung des Königs befinden.

Die durch die Beförderung des Herrn Oberregierungs-rath Winkler in Danzig erledigte Dirigentenstelle wird dem Vernehmen nach durch Hrn. Regierungsrath Meerkay aus Posen besetzt werden. So schreibt die „Danz. Z.“ Wir können diese Nachricht als richtig bestätigen. Red. d. „P. Z.“

Aus den Aeußerungen, welche der Justizminister Leonhardt während seines neulichen Aufenthalts in Nassau hat fällen lassen, will man in dortigen juristischen Kreisen entnehmen haben, daß der Justizminister die Vorlage einer neuen Prozeßordnung und Gerichtsorganisation so beschleunigen wird, daß beide Gesetze schon zum Juli 1870 fix und fertig sind. Man glaubt, daß der Minister hierbei die stille Hoffnung habe, die Befugniß zu erlangen, Richter aus den neuen Provinzen in die alten zu versetzen.

Durch eine Verfügung der theilbeiligten Ressortminister, nämlich: der Minister des Kultus, des Innern und der Justiz ist für sämtliche Angehörige des Großherzogthums Hessen sowie für die belgischen Staatsangehörigen von einer Bestimmung des Gesetzes vom 13. März 1854 Dispens ertheilt worden, nach welcher für die Vollziehung von Trauungen innerhalb Preußens die Beibringung eines Trauerlaubnißscheines der Heimathobrigkeit erforderlich wurde. Dieser Dispens ist dadurch motivirt, daß für das ganze Gebiet des Großherzogthums Hessen durch das Gesetz vom 25. Juli 1868 die polizeilich bestandene Eheverhinderung aufgehoben ist, andererseits in Bezug auf Belgien, weil die dortigen Staatsangehörigen sich im Auslande ohne Zustimmung ihrer Heimathsbehörde verheirathen dürfen und eine Ausländerin, welche einen Belgier heirathet, hierdurch ohne Weiteres dessen Staatsangehörigkeit erwirbt, sowie die Kinder aus solcher Ehe die gleiche Eigenschaft durch die Geburt erlangen.

Der (grünweißen) „Sächsischen Zeitung“ geht aus Dresden eine Enthüllung zu über das angebliche Motiv, welches die sächsische Regierung zur Stellung des Antrags auf Errichtung eines Bundeshandelsgerichtshofes in Leipzig veranlaßte. Es heißt darin:

Daß die ganze sächsische Politik durch diesen Antrag in eine falsche Position gekommen ist, weiß alle Welt. Wenn sich ein sächsischer Minister von dem Abgeordneten Casler Schmeigelen im Reichstage sagen lassen muß, wenn Dr. Braun, ohne Widerspruch zu finden, auf den inneren sächsischen Krieg hinweisen kann — daß man einmal die Kompetenz so eifersüchtig bewache und das andere Mal mit einem die Kompetenz überschreitenden Antrage selbst herbertrete — so fragt man nach einem Schlüssel dieses Räthsel. Derselbe liegt einfach darin, daß man hier unterrichtet war, daß man preussischerseits einen Antrag auf Errichtung eines obersten Bundeshandelsgerichtshofes stellen werde. Ein solcher preussischer Antrag würde im Bundesrathe wie im Reichstage mit derselben Majorität durchgegangen sein, wie der sächsische, nur mit dem Unterschiede, daß dann der Ort des Gerichtshofes nicht Leipzig, sondern Berlin geworden wäre. Um nun diese Gefahr vom Lande abzuwenden, versicherte man sich gelegentlich der Anwesenheit des Bundeskanzlers in Dresden, welche Aufnahme es wohl finden würde, wenn Sachen im Bundesrathe seinen Antrag einbringen würde. Da man beim Grafen Bismarck Entgegenkommen fand, erfolgte der sächsische Antrag.

Nach einer früheren Nachricht war von preussischer Seite ein oberster Gerichtshof für den ganzen Bund in Aussicht gestellt, der seinen Sitz in Berlin haben soll, worauf die sächsische Regierung über die Abgewiegung der Handelsachen für einen in Leipzig einzusetzenden Gerichtshof verhandelte.

Die ministerielle „Prov.-Korr.“ schreibt: Es ist anzunehmen, daß über die wichtige, von allen Parteien in ihrer großen Bedeutung gleichmäßig anerkannte Frage wegen der Beschlagnahme des Arbeitslohn'es demnächst die Verständigung zwischen dem Reichstage und dem Bundesrathe erfolgen soll.

Von Bremen her ist, wie die „S. f. N.“ meldet, bei der obersten Bundesbehörde angeregt worden, in die Aussetzung von Ehrengechenken für die Rettung deutscher Schiffsmannschaften durch Fremde ein gewisses System zu bringen. Jezt geht Preußen in solchen Fällen einen Orden; daran liegt aber Niemandem weniger als den Seeleuten, und England hat daher längst die (auch in den Hansestädten übliche) Gewohnheit angenommen, statt dessen nützliche nautische Instrumente zu schenken, im Werthe bemessen nach dem Umfang und der Schwierigkeit des geleisteten Dienstes. Auch muß die Sache in Konsequenz der einheitlichen norddeutschen Flagge offenbar bundesmäßig geregelt werden.

Durch l. Kabinettsordre vom 22. April ist genehmigt worden, daß in diesem Jahre Generalstabs-Übungsreisen bei dem Gardekorps, dem 4., 5., 7., 8., 9., 10. und 11. Armeekorps, einschließlich der groß. heffischen (25.) Division, welche bei dem 11. Armeekorps Theil nimmt, abgehalten werden.

In Folge der außerterminlichen Entlassung der im Sommer 1866 eingestellten Mannschaften sind bei den Truppenkörpern der Infanterie Manqueiments an Dekonomie-Handwerker entstanden, und das Kriegsministerium hat dafür zu sorgen, daß diese Manqueiments gedeckt werden. Dasselbe hat daher bestimmt, daß, so weit die Deckung nicht durch Einberufung von Dispositionen-Urlaubern stattfinden kann, der Bedarf auf die neu eingestellten Rekruten reparirt werden soll. Zu diesem Zwecke sind vom Kriegsministerium in Verbindung mit dem Ministerium des Innern die erforderlichen Einleitungen getroffen. Dabei ist bemerkt, daß es in der Absicht liegt, die bei dem diesjährigen Kreis-Ersaggeschäft als Dekonomie-Handwerker auszubehenden Militärpflichtigen schon zum allgemeinen Entlassungstermin des Jahres 1871 zur Reserve zu entlassen, so daß die Einstellung dieser Mannschaften nicht nur ohne nachtheiligen Einfluß auf die Dauer ihrer Dienstverpflichtung bleiben, sondern denselben auch einen nicht unerheblichen Vortheil gewähren würde.

Das Artillerie-Depot zu Erier wird zum 1. Juni aufgelöst und das Artillerie-Depot zu Wiesbaden zum 1. Juli in ein Filiale des Artillerie-Depots zu Mainz umgewandelt.

Bezüglich der von der „Post“ veröffentlichten Nachricht, daß die städtische Schulkommission ihre Aufmerksamkeit auf die bei den königlichen Theatern beschäftigten Kinder gerichtet habe, geht dem genannten Blatte

seitens der General-Intendantur die Mittheilung zu, daß benannte Behörde die schulpflichtigen Kinder während der Unterrichtsstunden von den Balletproben dispensirt. Uebrigens wird der sächsischen Schulkommission, auf deren Verlangen, alljährlich ein Verzeichniß der schulpflichtigen Ballet-Cheven eingereicht, nebst Vermerk über den Unterricht, dessen sie genießen, und es stellt schließlich die genannte Kommission nach Ermessen Rederchen an, ob die betreffenden schulpflichtigen Kinder den Unterricht wirklich und regelmäßig besuchen.

In Betreff der Journierschen Angelegenheit schreibt ein Korrespondent der „Königsb. Z.“, welcher den Geistlichen früher vertheidigt hatte, also:

Es ist richtig, daß der Staatsanwalt die Erhebung einer Anklage gegen den Konfistorialrath für nothwendig erachtet hat, und da ferner behauptet wird, der Kultusminister habe den Kompetenzkonflikt nicht erhoben, so fragt man allgemein: was wird nun werden? Man erwartet eben mit Bestimmtheit, daß der Gerichtliche freier Lauf gelassen werde. Indem die Staatsanwaltschaft zu dem Entschlus kommt, Herrn Journier unter Anklage zu stellen, hat sie ganz einfach sich überzeugt, daß die vielbesprochene Braut von dem Geistlichen allerdings geheiratet oder sonst körperlich gemißhandelt worden ist. Herr Journier selbst hat dies offiziell wie privatim in Abrede gestellt. Vor mehreren Monaten brachten die offiziellen Organe gleichlautende Artikel über die Aussagen Journiers beim Konfistorium. Es scheint, als habe das Konfistorium einfach die ihm von Herrn Journier gemachten Angaben veröffentlicht lassen. Wenn sich nun herausstellen sollte, daß der Herr Konfistorialrath doch nicht so referirt hat, wie die Dinge sich zutragen, so würde dies seiner pastoralen Autorität nichts weniger als förderlich sein. Wir gehörten zu den Wenigen in der Presse, die sich die gegen Journier erhobenen Beschuldigungen als glaublich nicht vorstellen konnten, weil wir ihn persönlich kennen. So gehören wir, in Verbindung hiermit, wieder zu denjenigen, die lebhaft wünschen, daß die Sache vor dem ordentlichen Richter zum Austrag gebracht werde, im Interesse Journiers wie im Interesse der öffentlichen Meinung. Es handelt sich um ein öffentliches Vergehen. Bliebe es ungesühnt, es würde sehr viel mehr schaden, als wenn der Richter Gelegenheit zu dem Ausspruch fände: das und das ist geschehen, Journier ist unschuldig oder schuldig. Eine Aufklärung und Abwägung der Sache muß schlechtdings erfolgen. Ueber den ganzen Vorfall sprechen die französischen, englischen, österreichischen und amerikanischen Zeitungen gerade so viel wie die deutschen Blätter, es muß also das gute Renommé Preußens gewahrt werden.

Die Kronprinzstiftung, gegründet zur Unterstützung der Invaliden aus dem Feldzuge von 1864 und der Hinterbliebenen der in jenem Kriege Gefallenen, hat nach der vom Kriegsministerium im „St. Anz.“ veröffentlichten Verwaltungsübersicht für den Zeitraum vom 1. März 1868 bis Ende Februar 1869, einschließlich des übernommenen Bestandes von 728 Thlr. 1 Sgr. 9 Pf. baar und 337,050 Thlr. in Dokumenten, eine Gesamt-Einnahme gehabt von 28,214 Thlr. 18 Sgr. 2 Pf. baar und 346,550 Thlr. in Dokumenten; die Ausgabe belief sich, einschließlich 14,850 Thlr. Renten, 2707 Thlr. Bade- und 1737 Thlr. einmaligen Unterstützungen, auf baar 24,224 Thlr. 15 Sgr.; der Fonds schloß also am 1. März 1869 mit einem Bestande von baar 3990 Thlr. 3 Sgr. 2 Pf. und 346,550 Thlr. in Dokumenten.

Nachdem die Mennoniten mit ihren Bitten um Beibehaltung der früher ihnen zugestandenen Befreiung vom Militärdienste unmöglich durchdringen konnten, hat die Bundesregierung der „Danz. Ztg.“ zufolge angeordnet, daß die Auswanderung derjenigen Mennoniten, welche durch ihr Gewissen zu einer solchen gedrängt würden, in jeder Weise erleichtert werden solle.

Die Auswanderung der Mennoniten aus der Provinz Preußen nach Ausland nimmt in neuester Zeit immer größere Dimensionen an. Doch ist es nicht allein die Militärlast, welche diese Leute aus dem Lande treibt, sondern die kirchlichen Abgaben, welche zu häufigen Differenzen führen. Der Kultusminister fordert nun in einem Schreiben von dem Oberpräsidium zu Königsberg ein Verzeichniß derjenigen Abgaben und Leistungen, welche die Mennoniten in der dortigen Provinz an die evangelischen und katholischen Kirchen und Pfarreien gegenwärtig zu entrichten haben, um für den nächsten Landtag der Monarchie die Frage einer Aufhebung resp. Abänderung der Leistungen im Wege der Gesetzgebung in Erwägung ziehen zu können.

Der König Georg von Hannover hat am Sonnabend — wie der „B. u. S.“ aus London geschrieben wird — von dem dortigen Gerichtshof des Vicekanzlers ein Detret gegen die Bank von England erstritten, in welchem dieser aufgegeben wird, einen Betrag von 600,000 Pf. St. an den König Georg herauszugeben. Diese Summe ist der Betrag eines Depots in englischen Konsols, das seit dem Jahre 1777 in den Bankbüchern zu Gunsten einer Quasi-Korporation, die sich die Lords of the Royal Agency of Hannover nannte, eingetragen findet. Da diese Korporation nicht mehr besteht, so weigerte sich die Bank von England, das Depot an den König herauszugeben ohne gerichtliche Ermächtigung. Diese ist ihr nun erteilt worden. Eine Intervention der preussischen Regierung, um die Herausgabe zu verhindern, hat nicht stattgefunden.

Stettin, 12. Mai. In der Stettiner Festungsfrage hat gestern eine Konferenz der beiden Vertreter des Kriegsministeriums und des Ministeriums des Innern mit einer Anzahl Magistratsmitglieder und den Mitgliedern des Bureau's der Stadtverordnetenversammlung stattgefunden. Ueber die von den ministeriellen Kommissarien gemachten Eröffnungen soll bis auf Weiteres nichts veröffentlicht werden. Die ministeriellen Kommissarien haben sich bereits gestern nach Berlin zurückgegeben, werden aber zu einer zweiten, auf Freitag anberaumten Sitzung hier wieder eintreffen. (Off. Zig.)

Magdeburg, 11. Mai. Wie schon erwähnt, wurde der verantwortliche Redakteur des hiesigen kath. Kirchenblattes für die Provinz Sachsen, der Kaplan Wilhelm Leineweber, kürzlich zu einer Gefängnißstrafe von zwei Monaten und zur Tragung der Kosten verurtheilt. Der erste Grund der Anklage war eine öffentliche Kritik der Antwort des evangelischen Oberkirchenraths auf die vom Papste an die Protestanten erlassene Einladung zum Konzil vom 13. September 1868; der zweite Grund der Anklage wurde in einem Artikel „Auf nach Rom“ gefunden, in welchem nach den Ausführungen der Staatsanwaltschaft die Lehren und Einrichtungen der lutherischen Kirche herabgesetzt und zum Uebertritt in die katholische Kirche angeregt sein sollen.

Marburg, 10. Mai. Gestern hat hier am späten Abend auf offener Straße eine große Säbelkämpfe zwischen hiesigen und auswärtigen Militärs mit blanken Waffen stattgefunden, in Folge deren heute noch in einigen Straßen Blutlachen zu sehen waren. Ein Sekondlieutenant Meyer aus dem Nassauischen, vom hiesigen Jägerbataillon, soll sehr gefährlich verwundet sein. Auch mehrere Andere sollen erhebliche Verwundungen davon getragen haben und Einem ein Auge ausgestochen worden sein. Gerichtsweise hört

Oesterreich.

man, daß ein auswärtiger Zahlmeister die Veranlassung dazu gegeben hat. (Frankf. Z.)

Kiel, 11. Mai. Die Panzer-Fregatte „König Wilhelm“ zieht, wie zu erwarten stand, die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich und wird viel beachtet. Die innere Einrichtung des Schiffes ist eine vorzügliche; sie zeigt verschiedene Vorrichtungen, welche noch bei den meisten Panzerschiffen, namentlich aber bei sämtlichen Schiffen der Norddeutschen Bundesmarine fehlen. So befindet sich eine besondere Anker-Lichtmaschine mit eigenem Kessel und ebenso eine besondere Maschine zum Aufwinden der Anker. Die Maschine hat drei (statt zwei, wie bei den meisten Schiffen) große Zylinder; mit Hilfe von Dampfkraft wird sie durch einen Mann regiert. Für alle im Innern des Schiffes vorzunehmenden Arbeiten sind, wo es irgend thunlich, Vorrichtungen zur Anwendung von Dampfkraft angebracht, u. A. für den Transport der Kohlen. Die nach Japan bestimmte Schrauben-Korvette „Arcona“ wird in Swinemünde das dort neu erbaute schwimmende Dock probieren. Es soll dabei untersucht werden, ob dasselbe im Stande ist, ein Kriegsschiff mit voller Ausrüstung zu tragen. Vor der Abfahrt nach den ostasiatischen Gewässern wird die „Arcona“ noch hierher zurückkommen, um verschiedene Vorräte u. a. an Bord zu nehmen. Hierüber ist für dieselbe eine Dampfbaracke hier eingetroffen, welche etwa 100 Mann fassen kann. Bisher hat die Norddeutsche Marine keine Schiffsboote dieser Art, die hauptsächlich zum Vanden einer größeren Zahl von Mannschaften bestimmt sind, versehen. Ebenso ist ein sehr elegantes Boot aus Mahagoni für die königl. Familie bestimmt, hier angelangt. Mit der Bahn sind am 7. d. zwei 72-pfündige gezogenen Kanonen aus der Krupp'schen Eisengießerei in Essen für die Panzerfregatten „Friedrich Karl“ und „Kronprinz“ in Kiel eingetroffen.)

Glauchau, 11. Mai. Der zur katholischen Kirche konvertirte Graf Karl v. Schönburg-Glauchau war u. A. auch von dem evangelisch-lutherischen Kirchenvorstand seiner Stadt Pennig um Verzichtleistung auf seine Patronatsrechte angegangen worden. In Folge dessen ist ein Bescheid ergangen, datirt vom 29. April, worin Hofrath Hänel anzeigt, daß Se. Erlaucht von Rom aus ihn beauftragt habe, zu erwidern, „daß hochderseibe bis zu seiner Rückkehr nach Sachen unter keiner Bedingung, später aber aller Wahrscheinlichkeit nach auch nicht auf die Ausübung des Patronats verzichtet werde.“

Aus Thüringen, 11. Mai. Ein großer Fortschritt, den das Jahr 1866 mit seinen unermeßlichen Folgen für ganz Thüringen gebracht hat, ist, daß die acht kleinen thüringischen Staaten jetzt ernstlich darnach streben, ihre bisher oft ungemein kleinliche und weitschweifige und dadurch sehr kostspielige und lästige Verwaltung bedeutend zu vereinfachen. So hatte das Herzogthum Gotha mit 120,000 Einwohnern bisher die große Zahl von 13 verschiedenen Justizämtern, die man jetzt vernünftiger Weise auf 6 Ämter reduzieren will. Wahrscheinlich sollen baldigst gothaische Ämter mit sachsen-weimari'schen, meiningischen, preußischen und schwarzburgischen Justizbehörden vereinigt werden, was eine große Erleichterung für die Bewohner aller betreffenden Landesheile sein würde, da das Gebiet aller dieser Staaten oft ungemein bunt durcheinander schießt und fast jedes Dorf eine andere Landeshoheit und somit bis jetzt eine getrennte Justiz- und Verwaltungsbehörde besitzt. Da die Holzpreise aus den sehr großen Wäldungen des Thüringer Waldes, welche eine beträchtliche Einnahme fast aller thüringischen Kleinstaaten bilden, seit den letzten zwei Jahren sehr bedeutend gesunken sind, so steht es jetzt mit den finanziellen Verhältnissen aller dieser Länder ohnehin nur sehr mißlich und fast sämtliche Budgets weisen ein mehr oder minder bedeutendes Defizit nach. (Köln. Ztg.)

Stuttgart, 9. Mai. Das Leichenbegängniß des Bischofs Dr. Jos. v. Eipp, das vorgestern in Nottensburg stattfand, ging unter allgemeiner Theilnahme aller Klassen der Bevölkerung, Katholiken wie Protestanten und zum Theil aus allen Gegenden des Landes, vor sich, und es gab sich dabei die größte Anhänglichkeit der Katholiken, sowie aufrichtige Verehrung Seitens Andersgläubiger kund. Auch in der Presse aller politischen Farben drückt sich nur eine Stimme aus, die der Verehrung für den edlen Todten und des Unmuths und der Mißbilligung gegen die Denunzianten, die demselben seine letzten Tage verbitterten und schweres Herzeleid bereiteten. In welcher Weise sich die öffentliche Meinung ausdrückt, mögen einige Journalstimmen zeigen, die wir nach der „A. Z.“ hier wiedergeben:

„Der sein edles Herz gebrochen“, sagt ein Blatt, „weiß das ganze Land. Möge das katholische Volk und die Geistlichkeit, möge die Regierung wachen, daß an seine Stelle nicht diejenigen treten, welche ihn verleumdet haben! Das wäre eine Verurtheilung des edlen Todten!“ — Der „Beobachter“ erklärt sich von guten Katholiken des Landes für beauftragt, auszusprechen, daß es jetzt an der Zeit sei für Deutschland und Württemberg sich loszusagen vom Papste und eine katholische Nationalkirche zu gründen, wozu Laien und Priester zusammenzutreten sollen. Keinesfalls ist das Sammeln eines Peterspfennigs jetzt noch weiter fortzusetzen. Gläubige, ernsthaft angelegene Männer sollen sich voranstellen und zur Berathung zusammentreten, wie mit Gründung einer Nationalkirche zu beginnen sei. Denn im Volke selbst lebe lange der Wunsch nach völliger Unabhängigkeit von Rom, und die neuesten Vorgänge, namentlich die Mißhandlung des guten Bischofs, dem die ultramontanen Verfolgungen das Herz gebrochen, geben den Anlaß nimmermehr damit hervorjuzureiten. Am allerbedenklichsten ist und die größte Beachtung verdient aber, was das katholische „Deutsche Volksblatt“ über die Absichten in Rom selbst sagt. Man gehe damit um, bischöfliche Spezialschulen in Deutschland für die Ausbildung des Klerus zu errichten, und damit die Ausbildung an den Universitäten auszuschließen und die deutschen katholisch-theologischen Fakultäten zu vernichten. Denn wenn auch ein nachträglicher Besuch der Universität noch gestattet sein sollte, so wisse doch Jedermann, daß unter hundert katholischen Theologen kaum einer in der Lage wäre, nach erlangter Priesterweihe nochmals Universitätsstudien zu beginnen. Frankreich wolle eben jetzt katholische Fakultäten gründen und unterhandeln darüber in Rom, und in Deutschland wolle man die unsrigen vernichten! Diese Sache ist freilich so wichtig, daß nicht bloß die Katholiken, sondern alle Gebildeten sich ernstlich damit befassen sollten!

München, 9. Mai. Im Wahlbezirk Weilheim wurde neuerdings, und zwar hauptsächlich aus Werdenfels und Umgegend, der königl. Staatsminister des Innern, Hr. v. Hörmann, als Kandidat für die Abgeordnetenwahl aufgestellt, und diese Kandidatur findet — im Gegensatz zu jener des Hrn. v. d. Pfordten — in den liberalen Kreisen des Wahlbezirks allgemeinen Anklang. Von den bisherigen Abgeordneten der Pfalz haben die Herren Benzino und Advokat v. Böcking bestimmt erklärt, eine Wahl nicht mehr anzunehmen. Die Wiederwahl des pfälzischen Abgeordneten Pfarrers Gelbert, des Referenten über das Schulgesetz, wird als gesichert betrachtet. Zur Geschichte der liberalen Mittelpartei theilt man der „A. Z.“ Folgendes mit:

„Die großdeutsche Partei barg bekanntlich ein liberales und ein feudul-ultramontanes Element, und trankte an diesem Dualismus. Das Jahr 1866 führte die längst vorbereitete Scheidung beider Elemente herbei, und es entstanden nun zwei Parteien: die liberale Mittelpartei, welche die liberalen Großdeutschen aufnahm, die wie früher in allen innern Fragen liberal blieb, in der nationalen Frage aber das Jahr 1866 nicht zu ignoriren vermochte, sondern, an den Zollvereins- und Allianzverträgen mit Preußen als Uebergangsstadium festhaltend, eine föderative, die Selbstständigkeit Bayerns garantirende Einigung Kleindeutschlands, eine Verjüngung mit Oesterreich anstrebte. Die feudul-ultramontane Elemente der großdeutschen Partei dagegen gaben den Embryo der sog. patriotischen, d. h. rein partikularistischen Partei ab, an welche sich noch alle bis dahin schlummernden ultramontanen Kräfte angeschlossen, bis zu den Extremen des „Volksboten“ und der „Donau-Ztg.“

Wien, 11. Mai. Graf Taaffe und Dr. Berger sind momentan nicht aus Rosen gebettet. Angesichts der unbefriedigten Zustände in Böhmen werden ihnen von hoher Seite aus Vorwürfe wegen der „vorzeitigen“ Aufhebung des Ausnahmezustandes und wegen ihrer den Czechen gegenüber zu einem Kompromiß hinneigenden Haltung gemacht. Uebrigens beweist auch die aus Prag gemeldete Thatsache, daß in der Stadt gedruckte Zettel hochverräterischen Inhalts ausgestreut werden zur Genüge, daß gewisse Koterien der czechischen Nation wirklich unverbesserlich sind. — Als das wichtigste Moment in der Geschichte Oesterreichs ist oft her vorzuheben, daß das Gesetz über die Volksschule als zu Stande gekommen betrachtet werden kann, da das Herrenhaus jede Aenderung in dem Gesetze, in Erwägung der schweren Kämpfe, die das Abgeordnetenhaus durchzumachen hatte, vermied, und an der Ertheilung der kaiserlichen Sanktion nicht gezweifelt werden kann. Das neue Volksschulgesetz bezeichnet neben dem Gesetze über die Einführung der Schwornengerichte den bedeutendsten Fortschritt, den Regierung und Parlament seit den ersten konfessionellen Gesetzen gemacht haben. Das Volksschulgesetz ist eine Bürgschaft, daß es in dem geistigen Leben des Volkes, in seiner Ausbildung, vorwärts gehen wird, und das viele der Mängel, an denen das Staatsleben leidet, geringer, die Theilnahme des Volkes an den allgemeinen Angelegenheiten bedeutender werden wird, als es bisher der Fall ist. Die Zunahme von Bildung, die Verbreitung von Kenntnissen werden aber auch das volkswirtschaftliche Leben fördern, das Volk fähiger machen, die großen Lasten zu tragen, welche der heutige Staat demselben auferlegen muß. Die Anhänger der reaktionären Partei waren auch diesmal der Berathung des Herrenhauses ferngeblieben, so daß das Gesetz ohne besonderen prinzipiellen Kampf mit ansehnlicher Majorität zur Annahme gelangte.

Die polnische Delegation soll, wie dem „Dz. Pogn.“ von hier aus wohlunterrichteter Quelle gemeldet wird, beschlossen haben gleich nach Schluß der am 15. d. stattfindenden Reichsraths-Session ihre Mandate niederzulegen.

Wien, 11. Mai. (Tel.) Am Schluß der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erklärte der Präsident, er halte es mit der Würde des Hauses nicht für vereinbar, die vorbereiteten und vorliegenden Berichte über Gesetze, wie die Reform der Zivilgesetzgebung und der Erwerbsteuer, ferner über die galizische Resolution und zahlreiche Petitionen in Betreff der Wahlreform, alles Gegenstände, welche die öffentliche Meinung in hohem Grade beschäftigen, für die wenigen noch verfügbaren Tage auf die Tagesordnung zu setzen. Selbst Gegenstände geringerer Bedeutung würden nur eine kurzfristige Erledigung finden können.

Wien, 11. Mai. In den gestrigen Unterhausung wurde die Wahl der Steuerkommission zur Ausarbeitung des Adressenwurfs vorgenommen. Gewählt wurden nur Deafisten, die Linke stimmte für ihre Linke während die äußerste Linke sich ganz der Abstimmung enthielt. Heute hielt die Adresskommission bereits ihre erste Sitzung ab. Als Schriftführer fungirte Pulzky und wurde derselbe auch mit der Redaktion der Adresse betraut, die der Hauptsache nach das Werk Deaf's ist. Uebrigens wird der Landtag über drei Adressentwürfe zu verhandeln haben, da auch die Linke und die äußerste Linke besondere Entwürfe einbringen werden. Vor den Pfingstfeiertagen wird jedoch die Adressdebatte nicht mehr beginnen.

Schweiz.

Bern, 11. Mai. Vor einigen Tagen theilte der hier beglaubigte italienische Gesandte, Melegari, dem politischen Departement des Aeußern alle die Einzelheiten mit, welche aus Anlaß der Entdeckung des Mailänder Komplottes die Ansicht rechtfertigen, dasselbe sei vom Kanton Tessin aus durch Mazzini organisiert worden. Diese Mittheilung schloß in keiner Weise das Verlangen in sich, den italienischen Agitator von Lugano entfernt zu sehen, war mithin in der schonensten Weise für die Schweiz gemacht. Der Bundesrath forderte darauf von der tessiner Kantonalregierung einen eingehenden Bericht darüber, ob in jenem Bezirke Völkerverweidriges vorbereitet worden sei. Nach Eintreffen dieses Rapportes verfügte nun die Eidgenossenschaft sofort, nicht bloß, daß Mazzini den italienischen Grenzanton zu verlassen habe, sondern daß auch alle diejenigen aus Anlaß der entdeckten Verschwörung von Italien nach der Schweiz geflohenen Individuen sich aus dem Kanton Tessin entfernen müßten. Die Maßnahme wurde noch besonders für Mazzini dahin verschärft, ohne daß eine französische Reklamation dieserhalb vorgelegt hätte, daß ihm auch der Aufenthalt in allen französischen Grenzantonen, d. h. also in Genf, Solothurn, Bern, Waadt und Basel-Land und -Stadt von nun an untersagt sei. Der alte italienische Agitator findet sich mithin gleichsam in dem deutschen Theile der Schweiz internirt. Es ist vorauszusetzen, daß dieses entgegenkommende Vorgehen der Schweiz die Mißstimmung beseitigt haben wird, die gegen sie in Florenz bestand, wozu noch der Umstand beitragen mußte, daß die schweizerische Regierung erläuternd bemerkte, wie in der Schweiz keine Bundespolizei bestehe und sie mithin nicht in der Lage gewesen sei, von dem, was im Kantone Tessin sich vorbereitete, Kenntniß zu haben und deshalb auch nach Florenz keinerlei Warnungen habe richten können.

Frankreich.

Paris, 11. Mai. Die französischen Bischöfe treten nun gleichfalls in den Wahlkampf ein. Die kirchlichen Blätter veröffentlichen täglich neue Hirtenbriefe oder Instruktionen für die Geistlichkeit im Hinblick auf den bevorstehenden Wahlakt. Natürlich wird in diesen Schriftstücken das Interesse der katholischen Kirche stets an die Spitze gestellt. So unterstützt der Bischof von Montpellier die unabhängigen Kandidaturen der Herren de Larcy, de Graffet und de Mirepoul, während der Kardinal-Erzbischof von Chambéry und der Bischof von Bayonne in ihren Diözesen die offiziellen Kandidaten unterstützen, weil dieselben zufällig gleichzeitig der kirchlichen Partei angehören. Der Bischof von Montpellier entwickelt hierbei folgende Theorie, der man das Verdienst der Logik nicht abprechen kann:

Wenn man will, daß der Priester sich nicht in Wahlen einmische, so darf gewiß verlangt werden, daß man ihn nicht selbst durch Besuche, Bitten, Kontordate, Hoffnungen und Versprechungen ins Spiel ziehe. Welches Recht hat man, seinen Einfluß auf die Bevölkerung zu beschriften, wenn man selbst um diesen Einfluß bettelt, sobald man glaubt, daß derselbe den

eigenen Interessen förderlich sein könnte? Ihr preist den Landpfarrer, wenn sein übriges sehr berechtigtes Lob euren Interessen dient; so macht denn um des Himmels Willen kein altes Sakristei-Möbel aus ihm, wenn ihr fürchtet, daß sein Einfluß gewissen Kombinationen schaden könnte.

— Den vielfachen Anforderungen an den Finanzminister Magné, den mit seinem Namen veröffentlichten Erlaß zu dementiren, welcher seinen Unterbeamten den strengsten Gehorsam gegen die Wahlvorschriften der Präfekten auferlegt, ist bis jetzt nicht entsprochen worden, so daß das Schriftstück als un-zweifelhaft echt zu betrachten ist. Eine weitere Anweisung ist von dem Handelsminister Gressier erlassen worden; er befiehlt seinen Beamten, indem er ihnen die Stelle aus der Kammerrede des Ministers des Innern, Forcade de la Moquette über die Haltung bei den Wahlen wörtlich zitiirt, sich streng nach den darin gegebenen Vorschriften zu richten. Ferner hat der Minister des Innern, Herr v. Forcade unter dem 4. Mai seinen Beamten näher zu erklären gesucht, was sie unter öffentlichen und unter Privatversammlungen zu verstehen haben. Die Ankündigungen der offiziellen Blätter, nach denen der Minister ein weiteres liberales Wahlrezept erlassen haben sollte, passen darauf nicht.

— Der Unterrichts-Minister Duruy, der bei der heutigen Preisvertheilung an die Mitglieder der polytechnischen Assoziation eine Rede hielt, ließ auch die Wahlfrage nicht außer Acht. Derselbe drückte sich nämlich gegen den Schluß seiner Rede folgender Maßen aus:

Die Regierung, meine Herren, geht nicht in abenteuerlicher Weise vorwärts, wie viele Leute zu sagen belieben. Sie hat ein festes System, und wenn sich die Folgen des Systems nur langsam zeigen, so sind die weisen Wege dieser maßvollen und fortschreitenden Bewegung nur eine Bedingung der Sicherheit. Aus der Volksabstimmung hervorgegangen, arbeitet die kaiserliche Regierung, mit Entschlossenheit, aber auch mit Klugheit, um unsere Institutionen und ihre Handlungen mit dem allgemeinen Stimmrecht in Einklang zu bringen. Wo waren die Sympathien, welche die Restauration besaß? Mit den großen Grundbesitzern und den Anhängern des alten Regimes. Wo waren die des Juli-Königthums? Mit dem legalen Lande, zu dem man nur Dank des Geldes und der Quittung des Einnehmers gehörte. Das legale Land für die Regierung des Kaisers ist ganz Frankreich. Es war natürlich, daß zur Zeit des Census man oft vergaß, was sich die Menge nannte. Es ist logisch, daß die jetzige Regierung sich des Volkes erinnert und sich immer mit ihm beschäftigt. Früher sagte man: Du willst Bürger sein! Bereichere Dich! Heute giebt der Kaiser seiner Regierung als Lösung das schöne Wort: „Erheben wir die Seele der Nation.“ Und diese Formel ist kein leeres Wort, sie ist eine Wirklichkeit geworden. Die moralische Stellung des Arbeiters erheben, indem man ihm die nützlichen Rechte zuerkennt, welche sein Meister besitzt; seinen materiellen Wohlstand vermehren, indem man alle Zweige der nationalen Arbeit in Aufschwung bringt; die Wechselfälle des Glendes durch Vermehrung der Wohlthätigkeits-Anstalten verringern; seine Intelligenz durch den Unterricht entwickeln, welcher für das Individuum ist, was die Sonne für die Erde, und durch alle diese Mittel das Land zur wahrhaften Freiheit führen, zu der, welche versteht, sich selbst niederzujhalten und sich auf männliche Weise zu regieren: dies ist die edle Aufgabe, welche der Fürst sich aus Sympathie für die, welche leiden, aus Vernunft für die, welche denken, auferlegt hat. Das Werk rückt vor. Die große Arbeit der Emanzipation der arbeitenden Klassen, welche 1789 ihren Anfang nahm, aber lange suspendirt wurde, wird mit Entschlossenheit fortgesetzt. Die für sie durch mehrere künstliche Gelege aus unferen Gesetzgebern herausgeriffene soziale Ungleichheit ist zur politischen Gleichheit getreten, unter der sie unter dem Census litt. In dem Maße, wie die Bürger neue Rechte erlangen, macht sie der Unterricht, welcher sich entwickelt und befähigt, fähiger, die Tragweite ihrer Pflichten zu begreifen. Jedes Jahr nimmt die Unwissenheit ab. Seit 1838 hat unsere Bilanz um 8 Prozent abgenommen. 1863 waren 28 auf 100 in vollständiger Finsterniß, heute sind es kaum 20. Ich habe Ihnen den Zweck genannt, welchen die Regierung Betreffs der allgemeinen Politik befolgt; ich will Ihnen nun in zwei Worten sagen, welchen Zweck sie in der speziellen Frage des öffentlichen Unterrichts erreichen will: der Kaiser glaubt, daß das Volk, welches die zahlreichsten und besten Schulen hat, das erste Volk ist, in so fern es das materielle Wohlergehen, die Ordnung und die Freiheit anbelangt, daß, wenn es dies heute nicht ist, es dasselbe morgen sein wird. Meine Herren! Dieses Volk muß das französische sein.

Spanien.

Madrid. Die „Correspondenz“ vom 7. enthält folgende mysteriöse Mittheilung: Heute Abend erzählte man, daß sich in Madrid eine Persönlichkeit befindet, welche mit bedeutenden Vollmachten von Seiten Isabellas von Bourbon ausgestattet ist. Man fügt hinzu, daß die von diesem Bevollmächtigten bei einzelnen Personen gethanen Schritte völlig erfolglos geblieben sind.

— Am 6. ist in der Kirche Karmen ein abermaliger Sühnegottesdienst wegen der in den Cortes gehaltenen Reden veranstaltet worden. Der Patriarch von Indien feierte das Hochamt und im Augenblicke des Offertoriums nahm er die Gelübde der Gläubigen entgegen, welche dicht gedrängt die Kirche erfüllten. Nicht zufrieden damit, befragte er die Versammlung, ob sie geloben wolle, die katholische Religion zu verteidigen. Alles antwortete „Ja“; die Frauen schluchzten; einige Freiwillige der Freiheit sanken von Aufregung überwältigt ohnmächtig zu den Füßen des Patriarchen nieder. Die Predigt war von einem der fanatistischsten Pfarrer Madrids, Namens Mendez, gehalten worden.

Madrid, 11. Mai. (Tel.) In der heutigen Sitzung der Cortes erklärte der Justizminister auf eine Anfrage des Abgeordneten Dqoa, daß er einen Priester, welcher von der Kanzel herab zur Verfolgung der Protestanten und aller derjenigen, welche für Kultusfreiheit gestimmt, aufgefordert hatte, habe verhaften lassen. — Die Debatte des Verfassungs-Artikels 33, betreffend die Regierungsform, wird wahrscheinlich am Donnerstag beginnen.

Aus Kuba wird gemeldet, daß eine große Anzahl wohlhabender und einflußreicher Pflanzer dem Generalkapitän Dulce ihre Dienste angeboten haben, um die Ueberreste des Aufstandes gänzlich zu unterdrücken. Mehrere Empörerhaaren lösten sich auf, und Alles deutet darauf hin, daß der Aufstand seinem Ende mit schnellen Schritten zugeht. Der Berichterstatter der „Times“ in Philadelphia, welcher noch in seinem letzten Briefe ausdrücklich versichert hatte, daß gerade der Staatssekretär Fitz jeder Ermunterung der Aufständischen auf Kuba abgeneigt sei, während der Präsident selber gern in Bezug auf Spanien wie England seine Zähne weisen möchte, berichtet jetzt darüber:

Es zeigt sich, daß die Regierung den Rebellen stark zugehen ist und ihnen jedwede mögliche Ermunterung geben werde. Als Beweis hierfür dient, daß der spanische Gesandte dem Staatssekretär Fitz einen Privatbesuch machte und ihn bat, den Präsidenten zu einer Proklamation zu veranlassen, welche in den Vereinigten Staaten die Ausrüstung von Expeditionen zur Hilfe der Aufständischen verböde. Zum Erschauen des Gesandten, welcher gehört hatte, Fitz sei gegen den Aufstand, schlug dieser die Forderung zurück, und sagte: Die Lage der Dinge sei nicht dieselbe, wie in 1851, wo eine ähnliche Proklamation erlassen wurde. Damals sei Kuba ruhig gewesen, und Abenteurer rüsteten in den Vereinigten Staaten Expeditionen aus, um dort den Frieden zu stören. Jetzt befindet sich Kuba im Kriegszustand (!) und für ein Land, wie die Vereinigten Staaten, schade es sich nicht, Man-

ner, welche freiwillig hingehen, um ein nach Freiheit ringendes Volk zu unterwerfen, als Abenteuerer, die auf Raub und Plünderung ausgehen, an den Pranger zu stellen. Einem darauf gestellten formellen Ansuchen um diese Proklamations wurde dieselbe Antwort zu Theil. Diejenigen, welche kubanische Expeditionen ausführen, deuten dies als eine indirekte Erlaubnis, ihr Treiben fortzusetzen. Admiral Hoff, der Befehlshaber des amerikanischen Geschwaders in den kubanischen Gewässern, hat an das Marineministerium berichtet, „soweit er im Stande gewesen, ausfindig zu machen, seien von diesen Expeditionen immerliche Truppen oder Kriegsvorräthe auf Kuba gelandet worden. Augenscheinlich ist der Admiral so geschickt, zu wissen, daß, je weniger er bei den Sympathien der amerikanischen Regierung bei derartigen Vorgängen steht, desto besser.“

Im Dezember vorigen Jahres lagerten in Sibara an der Nordküste der Insel Kuba 2219 Ballen Tabak im Werthe von 40,000 Doll., welche norddeutsches Eigenthum waren und wegen der Nähe der Insurgenten auf das zum Transport nach Europa bestimmte Schiff Argo nicht gebracht werden konnten. Die Insurgenten bemächtigten sich in der That dieser Ballen, führten sie in das Innere der Insel und hielten sie dort in geheimem Versteck. In Folge der Vorstellung des Generals-Konsuls des Norddeutschen Bundes in der Havanna, ergriffen der General-Gouverneur und die betreffenden Behörden die geeigneten Maßnahmen zur Wiedererlangung dieses norddeutschen Eigenthums. Den regulären Truppen gelang es, diese Tabakballen den Insurgenten abzunehmen. Die Waare ist darauf dem rechtmäßigen Besitzer in Sibara wieder zugeführt und vor einigen Tagen auf dem belgischen Schiffe „De Ruyter“ nach Deutschland verschifft worden.

Italien.

Florenz, 11. Mai. (Tel.) Die Unterhandlungen mit Menabrea über die Bildung des neuen Kabinetts sind noch in der Schwebe. Heute Morgen hatte Graf Cambray-Digny eine lange Besprechung mit dem Könige; Menabrea wurde heute Nachmittag in den Palast berufen.

Rom, 8. Mai. Zum Konzil schreibt man der „Römischen Zeitung“:

Der Papst wünscht schon jetzt eine bestimmte Erklärung der Regierungen über ihre Betheiligung am Konzil haben, doch diese scheinen alle damit noch länger warten zu wollen. Es wird daher immer wahrscheinlicher, daß sie zur Mittheilung ihrer Absichten demnächst direkt aufgefordert werden: es würde den hiesigen Erwartungen wenig entsprechen, wenn die fremden Mächte in ihrer Reserve so weit gingen, daß sie sich auf dem Konzil nur unter der Bedingung der Gesandtschaft vertreten ließen, keine Bestimmungen und Dekrete vor der Veröffentlichung in den verschiedenen Staaten einer näheren Prüfung zu unterwerfen.

Eine Korrespondenz desselben Blattes berichtet aus Paris: Das österröische Konzil beschäftigt verschiedene Regierungen. Wie ich vernehme, hat die bayerische Regierung einen Diplomaten nach Madrid geschickt, um die spanische Regierung über die dem Papste gegenüber zu beobachtende Haltung zu verständigen und womöglich das Zustandekommen des Konzils, dessen Zweck die Vertheidigung der Unfehlbarkeit des Papstes sei, zu verhindern. Man versichert mir, daß das Münchener Kabinet auch an anderen Höfen ähnliche Schritte zu thun beabsichtigt, und daß der Wiener Hof nicht abgeneigt sei, sich den Bemühungen Bayerns anzuschließen. Die französische Regierung wird erst nach den Wahlen Farbe bekennen.

Neapel, 11. Mai. (Tel.) Der österreichische Gesandte, Baron Rübeck ist hier eingetroffen, um dem Prinzen Humbert die Insignien des Ordens des Goldenen Vlieses zu überreichen.

Großbritannien und Irland.

London, den 11. Mai. (Tel.) Im Unterhause zeigte O'Donoghue an, daß O'Sullivan sein Amt als Bürgermeister von Cork freiwillig niedergelegt habe. Auf den Antrag Gladstone's beschloß das Haus, die zweite Lesung der Bill, betreffend die Amtsentsetzung O'Sullivans, auf vier Wochen zu vertagen.

London, 12. Mai. Der diesseitige Gesandte in Madrid, Crampton, hat seinen Abschied genommen. Reverdy Johnson, der bisherige Gesandte der Vereinigten Staaten, macht morgen dem Grafen Clarendon im auswärtigen Amte seinen Abschiedsbefuch. Der neue amerikanische Gesandte in Wien, Fay, ist auf der Durchreise hier eingetroffen.

Rußland und Polen.

Petersburg, 12. Mai. Aus Teheran vom 23. v. M. wird gemeldet, daß daselbst zwischen zwei feindlichen religiösen Sekten ein blutiger Straßenkampf stattgefunden hat. Die Truppen schritten ein und stellten die Ruhe wieder her. Man zählte 300 Tote und Verwundete. 500 Personen wurden verhaftet.

Türkei und Donausürstenthümer.

Bukarest, 11. Mai. (Tel.) Die Kammern sind heute durch eine Thronrede des Fürsten Karl eröffnet worden, in der es heißt, das Land habe in dem zwischen der Regierung und der früheren Kammer entstandenen Konflikt sein Botum abgegeben, indem es die Männer wählte, welche die neue Kammer bilden. Die Hebung der moralischen und materiellen Kräfte, nach der Alle streben, können nur erreicht werden durch Friede und Ausdauer. Sie werde eintreten, wenn eine innige Uebereinstimmung und volles Vertrauen zwischen ausführender und gesetzgebender Gewalt herrsche. Dies zu erreichen und zu erhalten, werde die Regierung durch vollkommene Gesetzmäßigkeit aller ihrer Schritte bestrebt sein. Die Thronrede schließt mit der Mittheilung, daß nur wenige Gesetzentwürfe dringender Natur würden eingebracht werden, um mit Rücksicht auf die Arbeiten des Landtages die Session möglichst abzukürzen.

Norddeutscher Reichstag.

40. Sitzung.

Berlin, 12. Mai. Eröffnung um 11 1/2 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Graf Bismarck, Delbrück u. A. Den Vorsitz führt der Vizepräsident Herzog v. Ujeß. Abg. Schropf ist in das Haus eingetreten. Die Kommission zur Berathung des revidirten Budgets pro 1868 hat sich konstituiert. Vorf. v. Bennigsen, Stellv. v. Bodelschwingh, Schriftführer Stumm, Stellv. Gr. Klein.

Die dritte Berathung über den Antrag Waldeck, betreffend die Gewährung von Diäten wird eröffnet.

Abg. Gebert (Sachsen): Meine Stellung zu dem Antrage ist diejenige, welche Abg. Keyser bei der zweiten Berathung als die seinige charakterisirte. Im konstituierenden Reichstage habe ich gegen Diäten gestimmt, weil ich es für notwendig hielt, zunächst einen Verfassungsboden zu gewinnen und ich deshalb nicht das Zustandekommen unserer Verfassung gefährden wollte; heute stimme ich für den Antrag, weil ich die Ueberzeugung gewonnen habe, daß die Diätenlosigkeit einer erplichthetlichen Thätigkeit des Reichstages schadet. Die Behauptung des Abgeordneten Grafen Schulenburg, daß wir unser heutiges Votum von einem Kompromiß zurückziehen, ist unrichtig. Auf den Boden eines Kompromisses habe ich mich damals nicht gestellt, sondern ich bin einer vis major gewidmen, nämlich der Erklärung des Bundeskanzlers, daß er im Falle der Annahme von Diäten die Verfassung zurückziehen, event. selbst zurücktreten werde. Ich glaube mich zu meinem damaligen eben so wie zu meinem heutigen Votum um so mehr berechtigt, als der Bundeskanzler selbst darauf hindeutete, daß man zunächst nur einen Versuch mit der Diätenlosigkeit machen wolle und später weiter darüber diskutiren könne.

Abg. v. Schöwecker: Ich stimme für den Antrag weniger aus praktischen als aus prinzipiellen Gründen. Bei der Thätigkeit und Energie,

welche die von mir vertretene Partei entwickelt, brauche ich nicht zu befürchten, daß meine Parteigenossen durch die Diätenlosigkeit an dem Erscheinen im Reichstage gehindert werden, ich hoffe nach den nächsten Wahlen sogar 20-30 Sozialisten hier zu sehen, auch wenn keine Diäten gewährt werden sollten. (Oh! Heiterkeit.) Ausgeschlossen wird nur der Mittelmann, der ruhige Bürger, der nicht die Mittel besitzt, sich während der ganzen Zeit unserer Berathungen hier in Berlin zu erhalten. Die Extreme halten Sie nicht fern. Der reiche Mann verzehrt hier sein Geld so gut wie anderswo, während der Arme in Berlin so gut nicht hier, wie in seiner Heimath (Heiterkeit). Der ausgesprochene Zweck der Diätenlosigkeit ist der, ein Gegengewicht gegen das allgemeine Stimmrecht zu bilden, d. h. doch nichts anderes, als „wir wollen uns nur zum Schein auf das ganze Volk stützen, eigentlich aber nur auf die besitzenden Klassen“. Patriotismus und politisches Verständniß, die für ein Mitglied als notwendig voraussetzenden Eigenschaften, werden dadurch als ein Monopol besonderer Gesellschaftsklassen hingestellt und der Armuth die Beileidigung angethan, daß man ihr diese Befähigung abspricht. Es liegt hierin eine durchaus unberechtigte Ueberhebung, die nicht länger fort-dauern darf.

In namentlicher Abstimmung, die von der Linken beantragt ist, wird der Antrag Waldeck auf Gewährung von Diäten durch den Umstand, daß die rechte Seite des Hauses heute stärker als sonst besetzt ist, mit 110 gegen 100 Stimmen abgelehnt. Die Abgg. Braun (Hersfeld) und Hof enthalten sich der Abstimmung. Die Verkündung des Resultates macht eine gewisse Sensation und wird von der Rechten mit Bravorufen aufgenommen.

Demnächst motivirt Abg. Dr. Becker (Dortmund) seinen Antrag, dem § 1 der Geschäftsordnung folgende Fassung zu geben: § 1. Beim Eintritt in eine neue Legislatur-Periode treten nach Eröffnung des Reichstages die Mitglieder desselben unter dem Vorhabe ihres ältesten Mitgliedes zusammen. Das Amt des Alterspräsidenten kann von dem dazu Berufenen auf das im Lebensalter ihm am nächsten stehende Mitglied übertragen werden. Für jede fernere Session derselben Legislatur-Periode legen die Präsidenten der vorangegangenen Session ihre Funktionen bis zur vollendeten Wahl des Präsidenten fort. Der Vorsitzende ernannt proportional für die Frist bis zur Konstituierung des Vorstandes vier Mitglieder zu Schriftführern. Der Antrag wird angenommen, nachdem Dr. Becker ausgeführt, daß er damit kein Mißtrauen gegen irgend eine Person auszudrücken, sondern nur die Thätigkeit des Reichstages im Beginne der Session zu erleichtern beziehe.

Es folgen Petitionen, die durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt werden, darunter auch Gesuche von Invaliden der Unterlassen der im Jahre 1851 aufgelösten schleswig-holsteinischen Armee. An dieselben knüpft der Abg. Dr. Löwe folgenden Antrag: Die Petition 610 dem Bundeskanzler mit der Aufforderung zu überweisen, dem Reichstage den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches bestimmt wird, daß das Gesetz, betreffend die Bemüthigung von lebenslänglichen Pensionen und Unterfügungen an Offiziere und obere Militärbeamte der vormaligen schleswig-holsteinischen Armee, sowie an deren Wittwen und Waisen, vom 14. Juni 1868 (Bundesgesetzblatt Nr. 19 S. 335) auch auf diejenigen Offiziere der vormaligen, im Jahre 1851 aufgelösten schleswig-holsteinischen Armee Anwendung finden solle, welche bei ihrem Eintritt in diese Armee einem nicht zum Norddeutschen Bunde gehörigen deutschen Staate angehört haben oder gegenwärtig einem solchen angehören.

Niemand verlangt über diesen Antrag das Wort zu nehmen, der Antragsteller selbst ist im Augenblick nicht im Saal und tritt erst ein, als die Abstimmung stattfinden soll. Der Herr Vizepräsident schließt daraus, daß der Antrag abgelehnt ist. Abg. Lasker: Durchaus nicht! Wenn ein Antrag so klar ist, daß Niemand darüber sprechen will, so folgt daraus für mich das Gegentheil. — Der Antrag Löwe wird jedoch mit einer kleinen Majorität abgelehnt.

Die Petitionen, welche eine Reform der Mecklenburger Verfassung verlangen, beantragt die Kommission dem Bundesrathe zur Prüfung zu überreichen, indem sie davon ausgeht, daß die Kompetenz des Bundes für die vorliegende Angelegenheit schon auf Grund des Artikels 76 Abs. 2 der Verfassung unzweifelhaft anzunehmen sei. Diesen Antrag der Mehrheit vertritt der Ref. Wagner (Altenburg), während die Minorität der Kommission (Korref. Graf Pllessen) den Uebergang zur Tagesordnung empfiehlt.

Der mecklenburgische Minister v. Bülow geht umständlich auf die bekannte Kontroverse über die Rechtsgültigkeit der gegenwärtigen Verfassung seines Landes ein, von der er schließlich rühmt, daß sie der faktische Rechtsboden sei, von dem aus Mecklenburgs Eintritt in den Norddeutschen Bund erfolgte, und auf dem das Land, zugleich eines der wenigen, das ein besonderes Organ zur Schlichtung von Kompetenzstreitigkeiten besitze und ihre Entscheidung außerhalb zu suchen daher nicht nöthig habe, sich wohl befinde. Es herrschen dort Recht und Gesetz, die Finanzen blühen und seien ausgiebig genug, ohne Steuerdruck die Opfer zu tragen, welche der Bund erheische und die man ihm willig darbringe. Unter der alten Verfassung des Deutschen Bundes hätte man den Austrag, den die Petenten und mit ihnen die Kommission verlangen, noch allenfalls rechtfertigen können. Aber heute, wo ein parlamentarisches Zentralorgan des neuen Bundes besteht, habe sich die Bedeutung der Verfassung der Einzelstaaten wesentlich verändert und diminuit, so daß der Reichstag gewissermaßen seine eigene große Stellung abschwäche, wenn er die Verfassungen der Einzelstaaten nach ihrer Rechtsgültigkeit zu untersuchen anfangen und seine Dazwischenkunft für oder wider anbiete. Unter allen Umständen werde ein solches Vorgehen mit dem zweischneidigen Schwerte der Kompetenz in der Hand gerade da Unfrieden stiften, wo man Frieden schaffen wolle. Wäge daher der Reichstag über die Petitionen zur Tagesordnung übergehen.

Abg. Dr. Prosch giebt zu, daß die im Reichstage an den mecklenburgischen Zuständen geübte Kritik nicht immer ganz gerecht gewesen sei, man dürfe aber nicht übersehen, daß die großherzogliche Regierung notorisch den vom Bunde ausgehenden liberalen Gesetzen, wie der Aufhebung der politischen Ehebeschränkungen, dem Nothgewerbebesetze u. energischen Widerstand entgegengeleitet und sie nicht in dem Geiste ausgeführt habe, in welchem sie erlassen worden. Redner geht sehr umständlich auf die mecklenburgischen Verfassungsverhältnisse ein, ist jedoch bei der großen Unruhe des Hauses und dem durch das permanente Klappern mit den Pulken, das mit seiner peletonartigen Geräuschentwicklung sich als eine neue Form parlamentarischer Kumborgung einzubürgern scheint, absolut unverständlich. Der Herzog v. Ujeß kommt dem Redner zuweilen durch Glodenläuten zu Hilfe, jedoch ohne Erfolg.

Abg. Lasker (zur Geschäftsordnung): Die Bänke und Pulte der rechten Seite des Hauses scheinen nur schwach besetzt zu sein, so daß sie bei der geringsten Bewegung ein den Redner bedeckendes Geräusch erregen. Ich erlaube mir, an den Herrn Präsidenten die Bitte zu richten, die Bänke auf jener Seite des Hauses durch einen Sachverständigen untersuchen zu lassen. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Graf Pllessen bringt den Minoritätsantrag der Kommission auf Uebergang zur Tagesordnung im Plenum ein. Nach der Geschäftsordnung erhält ein Redner für, einer gegen diesen Antrag das Wort.

Abg. Graf Bassewitz: Es ist unweifelhaft, daß die Frage über die Rechtsbeständigkeit der mecklenburgischen Verfassung vom 11. Oktober 1849 im September 1850 durch das von der damaligen höchsten Zentralbehörde in Ausübung ihrer Kompetenz eingeleitete rechtliche Verfahren bereits ihre Erledigung gefunden hat. In Gemäßheit dieses Schiedspruches, der überdies durch ein Gutachten der Heidelberger Juristenfakultät als in allen Punkten rechtsbeständig anerkannt worden ist, wurde die alte Verfassung unter Anerkennung der damaligen Bundesautoritäten wiederhergestellt und bestand in anerkannter Wirksamkeit, als der Großherzog von Mecklenburg 1866 dem Norddeutschen Bunde beitrug. Der Reichstag hat mithin nicht die geringste Kompetenz, über einen Verfassungskonflikt zu entscheiden, der thatsächlich gar nicht vorliegt; der einzige Beschluß, den Sie fassen können, ist der Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. v. Bernuth (gegen Tagesordnung): Die vorliegende Angelegenheit hat für die 500,000 Mecklenburger eine so hohe Wichtigkeit, daß sie mit dem ganzen Ernst behandelt zu werden verdient, der dem trefflichen und so schwer geprüften Volkskammern gebührt. (Beifall.) Als Motio für den Uebergang zur Tagesordnung hat man Ihnen wieder die Inkompetenz des Reichstages entgegengehalten, ein Einwand, der rationär zu werden scheint. Die Argumentation gipfelt in den Sätzen, die Frage über die Rechtsgültigkeit der 49er Verfassung sei durch das Freienwalder Schiedsgericht bereits entschieden, folglich gebe es keinen Konflikt, also habe auch Niemand das Recht, die vorliegende Frage hier zu verhandeln. Die Frage über die Rechtsbeständigkeit ist allerdings entschieden worden, aber durch ein

Schiedsgericht, das selbst zu einem solchen Urtheil nicht kompetent war. Es kann doch unmöglich Jemand als Richter anerkannt werden, dessen Votum von vornherein gebunden ist, der überhaupt nur nach einer Seite entschieden kann. In einer solchen Lage aber befand sich das Schiedsgericht, da es sich durch eine entgegengelegte Entscheidung gleichzeitig selbst für inkompetent erklärt hätte. Erkennt man aber das Gericht nicht an, so liegt auch noch keine res judicata vor und wir haben zur Beurtheilung der Frage völlig freie Hand. Der Vertreter der mecklenburgischen Regierung — denn ich hoffe, er hat als solcher, nicht als Vertreter des Bundesrathes gesprochen (Zustimmung) — behauptete, die Bevölkerung hätte damals rechtzeitig ihre Gravamina anbringen sollen; — wenn er nur wenigstens angeben hätte, an welcher Stelle. Den Hannoveranern, die sich bei ähnlicher Gelegenheit nach Frankfurt wendeten, wurde gesagt: „Ihr seid nicht legitimirt und wir nicht kompetent“; ganz ebenso würde es den Mecklenburgern ergangen sein. Der Prozeß, um den es sich damals handelte, berührte überdies gar nicht die Bevölkerung, sondern wurde zwischen der Ritterschaft und dem Großherzoge geführt; es ist deshalb doch unmöglich, daß durch einen Schiedspruch darüber die vom Großherzoge und dem Abgeordnetenhaufe beschlossene Verfassung beseitigt und dem unbetheligen Volke seine Rechte wieder genommen werden konnten. Endlich ist behauptet worden, die alten Stände hätten nur unter Bedingungen auf ihre Rechte verzichtet, die später nicht erfüllt wären. Allerdings sind damals Bedingungen aufgestellt worden, dieselben bezogen sich aber nicht sowohl auf das Zurücktreten der privilegierten Stände selbst, sondern auf die Zeit und Modalität, unter denen dies geschehen sollte; das Höchste, was ich in letzterer Beziehung zugeben kann, ist ein „non liquet“. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag auf Tagesordnung abzulehnen und den berechtigtesten Forderungen der Petenten Genüge zu leisten.

Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Tagesordnung abgelehnt. Die Debatte wird fortgesetzt.

Abg. Windthorst erinnert an Laskers Warnung, keinen Beschluß zu fassen, von dem man im Voraus wisse, daß er erfolglos sein würde. Die mecklenburgischen Fürsten und Stände, obwohl ihr Staat im Jahre 1866 der einzige war, der die Kraft freier Entschliebung besaß — denn sein Arm nach Osten war frei — entschlossen sich, in den Bund einzutreten resp. den Eintritt zu genehmigen, und die Zukunft des Bundes wird wesentlich von der Fortdauer ihrer freundlichen Stimmung abhängen. (Widerpruch.) Es steht um Mecklenburg nicht so schlimm, wie einige seiner Vertreter es hier uns schildern. Das beweisen die Hirten, welche die Petitionen unterschreiben haben. Um das Land, wo die Hirten so gelehrte staatsrechtliche Petitionen unterschreiben, kann es nicht so schlimm stehen. (Große Heiterkeit.) Sie lachen, m. H., aber warum legen Sie auf die Unterschriften der Hirten bald Gewicht und bald wieder keine? Die mecklenburger Verfassung beruht auf dem Freienwalder Schiedspruch und folglich auf Recht. Die auf Grund derselben zur Vertretung Berufenen vertreten in perfekter Weise Alle, auch die Protektirenden. Der will etwa der Reichstag seine Repräsentativkraft darum für verflümmelt erklären, weil er nur die eine Hälfte der Bevölkerung, nur ein Geschlecht vertritt und doch Gesetze über Eheschließung erlassen wird, über weil er die Armee, die nicht mehr wählen soll, bald nicht mehr vertreten wird? — Redner analysirt sodann den Freienwalder Schiedspruch und befreit das Recht des Reichstages aus einem etwaigen Non liquet, das der Abg. v. Bernuth hatuirt, so weitgehende Folgerungen zu ziehen, wie die sind, zu denen die Kommission auffordert. Die Sache selbst darf unter keinen Umständen a limine abgewiesen werden, dazu ist sie zu wichtig, sie ist die wichtigste, die dem Reichstage überhaupt vorliegen kann: die Frage der Kompetenz des Bundes gegenüber den Einzelverfassungen. Mecklenburg selbst lebt unter der Verfassung, zahlt seine Steuern, wählt auf Grund des von seinen Ständen genehmigten Wahlgesetzes in den Norddeutschen Reichstag — ist es möglich, deutlicher zu beweisen, daß eine Verfassung zu Recht besteht? beweisen es die Protektirenden nicht selbst durch ihr bloßes Dasein in diesem Hause, beweisen es nicht die 6000 Petenten des herab zum Hirten, daß sie die Verfassung Mecklenburgs als zu Recht bestehend anerkennen? (Widerpruch.) Dächten sie anders, warum verweigern sie nicht die Steuern? Die Heilung der wirthlichen Beschwerden Mecklenburgs muß auf anderem Wege erfolgen. Die Petenten haben sich an die falsche Adresse gewendet!

Graf Bismarck: Ich halte mich nicht für berechtigt, den Erörterungen, welche dem Bundesrathe voraussichtlich bevorstehen, dadurch vorzugreifen, daß ich meine eigene Ansicht hier öffentlich festlege. Ich würde glauben, es an der Achtung gegen die anderen Regierungen und gegen die Kollegen im Bundesrathe fehlen zu lassen, wenn ich nicht ihre Ansichten, die sie zur Sache haben, in einer Diskussion im Schooße des Bundesrathes auf mich wirken ließe. Wenn ich dennoch das Wort ergreife, so geschieht es weder, um mich über die Kompetenzfrage, noch um mich sachlich über die Rechtsfrage auszusprechen, höchstens um mich dagegen zu verwahren, daß aus dem Still-schweigen der Regierungen und des Bundesrathes schon eine Entscheidung über die Kompetenzfrage gefolgert werden könnte, indem ja der Beschluß, wie er muthmaßlich gefaßt wird, wie ihn der Ausschuß beantragt, in sich schon eine Anerkennung der Anwendbarkeit des Art. 76 implizirt. Hauptächlich habe ich aber nur das Bedürfnis gehabt, und mein Interesse für unsere konstitutionelle Entwicklung im Bunde, wie in den einzelnen Staaten, nöthigt mich dazu, Zeugniß abzulegen von einigen mehr persönlichen Eindrücken, die sich mir aufdrängen, wenn ich die Gründe in Erwägung ziehe, mit denen heute die Petition unterstützt worden ist. Einmal erfüllt es mich, weil ich aufrichtig an der konstitutionellen Entwicklung und an ihre Stetigkeit im gesammten Vaterlande hänge, stets mit einem gewissen Unbehagen, wenn über eine faktisch bestehende Verfassung eine Unterfuchung in Betreff der Legitimität ihrer Geburt angestellt wird. — Wie viele Verfassungen giebt es denn in unserem Vaterlande, welche in dieser Beziehung, ich will nicht sagen, ganz vorwurfsfrei dastehen, oder gegen deren rechtliche Entstehung keine Anfechtung von irgend einer Seite gemacht, und gegen welche nicht protestirt worden wäre, entweder ausdrücklich oder doch durch dauernde Wahlpflichtung oder auf anderem Wege? Wenn wir da hineinsehen wollen, so erschüttern wir die Fundamente unserer Rechtszustände in einer Weise, welche unserer Entwicklung nicht förderlich ist, auf ich glaube nicht, daß es den praktischen Engländern jemals einfallen würde, zurückzugehen und eine Unterfuchung der Vaterländis und Legitimität der Geburt ihrer Verfassung. Sie begnügen sich damit, daß sie in Wirksamkeit steht.

Zweitens sind es diejenigen Argumente, welche die Petition befürworteten, weil die gegenwärtigen Zustände in Mecklenburg noch nicht vollständig homogen mit denen des Gesamtbundes in ihrer Entwicklung sind. Ja, m. H., ich glaube, die Mecklenburger von allen Seiten werden es nicht bestreiten, und auch die mecklenburgische Regierung nicht, daß die wirthschafts-werthe Vermögensgegenstände noch nicht durchgängig hergestellt ist. In dieser Beziehung möchte ich Sie aber bitten, lassen Sie doch dem heilenden Einflusse einigen Spielraum, besonders wenn Sie sehen, daß der gute Wille da ist und daß die Schwierigkeiten ganz besonders große sind. Eine seit einem Jahrhundert und länger in die Zustände des Landes eingewachsene Verfassung streift man nicht ab wie ein abgelegtes Kleidungsstück; sie ist so zu sagen eine Haut geworden, welche mit ärztlicher Vorlicht gelöst werden muß, wenn Krankheiten verhindert werden sollen. Und damit komme ich zu dem zweiten Punkte, für den es meine Absicht war, hier Zeugniß abzulegen, das ist zu dem dankbaren Vertrauen, mit welchem ich auf die Stellung Sr. Königl. H. des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin zu den Bundesverhältnissen blicke, sowohl in Betreff auf die Entstehung der Verfassung als auch in Bezug auf ihre Fortbildung. Dieses Vertrauen berechtigt mich zu der Hoffnung, daß der heilende Einfluß der Zeit ein nicht ganz langsamer sein wird und daß wir nichts verlieren, wenn wir ihm einen möglichst freien Spielraum lassen und wenn wir einen so guten Willen, wie er uns von jener Seite entgegenkommt, nicht dadurch abschrecken, daß wir auf jede Bereitwilligkeit nur mit einer raschen Mehrforderung antworten. Eines gewissen Grades von Anerkennung bedarf auch das prinzipielle und reinste Streben, möchte ich sagen, zu seiner Aufmunterung. Dieser Dankbarkeit Ausdruck zu geben fühle ich mich um so mehr berufen, als ich vermöge meiner Stellung von Anfang an in der Lage gewesen bin, die patriotische Bereitwilligkeit, mit welcher Sr. H. der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin die nationale Entwicklung aufgenommen hat, zu beobachten und zu bekrunden. Der Herr Vordredner hat gesagt, daß Mecklenburg ganz besonders in der Lage gewesen wäre, der Herstellung der Bundesverfassung Schwierigkeiten zu bereiten. Er hat dies mit einer Andeutung unterfugt, welche ich mir nicht aneignen möchte, mit der Bezugnahme auf die geographische Lage Mecklenburgs. Ich kann mir nicht denken, daß irgend ein noch so konservativer Mecklenburger sich mit dem Gedanken vertraut gemacht haben sollte, sein Geschick von dem des deutschen Vaterlandes, gestützt auf die Diffe, trennen zu wollen. Die Stärke Mecklenburgs lag in einem anderen Motiv. Sie lag in der reichhaltigen Bereitwilligkeit, mit welcher

Se. K. H. der Großherzog von Haufe aus die Sache Preußens und Deutschlands unterstützt hatte.

Wir waren mit einigen unserer Norddeutschen Bundesgenossen im Kriege, und die Entwicklung der Bundesverfassung ergab sich ganz natürlich als Gegenstand der Friedensverhandlungen. Von anderen waren wir nicht mit der Bereitwilligkeit unterstützt worden, daß eine besondere moralische Pflicht, ein besonders lebhaftes Gefühl der Dankbarkeit das Resultat der zum Theil ziemlich lauen — Zurückhaltung gewesen wäre, mit welcher unsere Bundesgenossen die Entwicklung begleiteten. Ganz anders aber lag die Sache mit Mecklenburg. Unter denjenigen Bundesgenossen, welche sich von Hause aus rückhaltlos der neuen Entwicklung hingaben, welche mit eigener Gefahr die Möglichkeit dazu erstritten haben, steht Mecklenburg-Schwerin in seiner Bedeutung und in der Aktivität, mit der es zu Werke ging, obenan. Der Großherzog hat nicht gewartet, bis die Würfel sich zu Gunsten Preußens entschieden; er ist von Hause aus mit seiner ganzen Macht — und das Beispiel seines Vorfahren zu den Zeiten des Herzogs von Friedland hat ihn dabei nicht geschreckt — mit seiner ganzen Macht für uns eingetreten, und hat sich thätig an dem Kampfe betheiliget. Wie stand es nun, wenn ein solcher treuer, mit uns zugleich siegreicher Bundesgenosse gesagt hätte: Nein, ich will nicht; thut was Ihr wollt, aber das kann ich nicht! Konnten wir gegen das treu verbündete Mecklenburg Gewalt brauchen? War die Verjüngung, waren die Gründe, die der Großherzog anführen und ableiten konnte, aus dem inneren Zustande seines Landes, aus dem möglichen Widerstreben der verfassungsmäßigen Organe, aus den Rechten der Stände dort, aus dem Bestande der Verfassung, die jedenfalls mit seiner Unterschrift, mit seiner persönlichen Verpflichtung wieder eingeführt worden war, wären solche Gründe nicht fast unantastbar gewesen, sobald der Großherzog sie als Vorwand benutzen wollte? Jeder Versuch dazu hat aber dem Herrn fern gelegen; mit einer dankenswerthen Bereitwilligkeit ist er damals auf die Intentionen des Bundes eingegangen. Warum sollte er es ferner nicht in einer Zeit, wo seine Aufgabe viel weniger gefährlich und viel leichter ist, wo viele Hindernisse überwunden sind, wo die Barricaden, die eine alterthümliche Verfassung und langwierige Ansammlung des Schutzes, der Aufräumung und dem Durchbrüche neuer Straßen entgegensetzte, beseitigt sind! Warum sollte unser Vertrauen jetzt ein minderes sein? Und wenn ich von diesem Vertrauen ausdrücklich Zeugnis ablege, so geschieht es, damit nicht etwa durch Ihren Beschluß ein der nationalen Sache von Herzen ergebener Firt in seinem Streben entmuthigt wird.

Abg. Biegler: Ich weiß zu gut, daß der Herr Abgeordnete für Meppen kein Partikularist, sondern ein guter Preuze und Deutscher ist, daß er es mit der Entwicklung des Norddeutschen Bundes sehr gut meint, als daß ich Mißtrauen gegen ihn haben könnte. Sonst müßte ich glauben, daß er den deutschen Bund nicht liebt. Er hat zunächst juristisch nichts Neues gesagt, er hat aber auch die Sache in einem Tone behandelt, der dem ersten Gefühl entgegen ist, mit dem jedes deutsche Herz erregt ist, wenn die mecklenburgische Sache zur Sprache kommt. Er hat zunächst sich der mecklenburgischen Ritterschaft angenommen, aber aus einem unerbittlichen Grunde, nämlich deshalb, weil sie so heftig angegriffen sei. Das ist eine Illustration zu dem Verse Goethes über Napoleon I.: „ein Kerl, den so viel Menschen hassen, an dem muß doch was sein.“ Ich habe einen besseren Grund meiner Sympathie für jene Herren, nämlich den: daß diese Ritterschaft fast die einzige in den kleinen Staaten Deutschlands ist, die es verstanden hat, in den trübsten Tagen Deutschlands die Fürstenthümer nicht aufkommen zu lassen. (Zustimmung.) Sie hat nicht bloß konservative, sie hat aristokratische Gefühle gehabt. Diese hat sie aber 1848 nicht verstanden, wie auch unsere Ritterschaft nicht, und nun verfährt sie ganz gegen alle richtige Aristokratie, indem sie das mecklenburgische Wappen an die Grenze stellt und sagt: „Hier hört die Weltgeschichte auf!“ Das innerste Wesen wahrer Aristokratie besteht darin, daß sie, welches auch die Lage der Welt sein mag, immer oben auf ist. Noch vor Ankniff der Hohenzollern hatten sich die mächtigsten Städte zu Republiken erhoben, sie waren mächtig und was that unser Adel? Seine Mitglieder wurden Rathsherren. Wäre ich aus den alten Familien des Landes und wäre reich, so hätte ich jetzt an der Spitze aller Eisenbahnen, Versicherungsgeellschaften industrieller Unternehmungen, denn da entwickelt sich Macht, und jede Aristokratie muß nach Macht streben. Durch bloße Gewalt läßt sich solche nicht festhalten und die mecklenburgische Ritterschaft ist auf falschem Wege. Was ist sie denn so in Eifer gegen diese Sache? Was liegt denn vor? Eine ganz bescheidene Petition, durch den Herrn Bundeskanzler und Bundesrath die Sache prüfen zu lassen. Ist denn das nicht sogar bescheiden? Als der Herr Bundeskanzler sich erhob, um zu sprechen, wußte ich, so vermessen dies klingt, vorher, was er sagen wird. Er spricht sich nicht aus, er hält zurück; er läßt der Sache offene Wege. Ich freue mich darüber, und ich stimme ganz bei, daß es möglich ist, über den Rechtsgrund einer Verfassung eine Untersuchung anzustellen. Der Herr Bundeskanzler hat ganz Recht, wenn er meint, daß dann schwer eine Verfassung zu finden sein würde, bei deren Entstehung nicht einige Rechtslücken vorhanden wären. Aber soll denn hier ein förmliches Erkenntniß gemacht werden. Es wird sich doch wohl ein modus vivendi finden lassen, wie wir ja auch so leben müssen, denn ich halte unsere Bundesverfassung für nicht viel mehr, als eine Geschäftsordnung zu den Verträgen. Und doch hoffen wir sie auszubilden, was schwerer ist als zu sagen: nous avons ordonné et ordonnons. Ich habe zur Gewandtheit des Herrn Bundeskanzlers das Vertrauen, daß er Volk und Herrscher, der sich ja in der Sache stets treu, offen und wohlwollend gezeigt hat, zum Ausgleich bringen werde. Ist ein neuerlicher Haß Sr. königlichen Hoheit richtig, so hat der hohe Herr den besten Willen, sein Volk zur industriellen und politischen Entwicklung zu führen. Um Eins bitte ich aber das hohe Haus dringend, sich nicht für inkompetent zu erklären. Thun Sie das, so unterschreiben Sie das Todesurtheil des Norddeutschen Bundes. An solchen Inkompetenzklärungen ging der alte Bundesstag zu Grunde. Glauben Sie mir, erklären wir uns für inkompetent, so klatscht man noch heute Abend in Stüttgart in die Hände, erklären wir uns für inkompetent, so werden die Knaben Süddeutschlands über den Main hinüberspotten und unsern Jüngern zurufen: „Ihr laßt uns ein in Euer schändendes Haus! sagt doch Euren Vätern, daß sie nicht den Muth, ja nur den Willen haben, die Rechte eines kläglichen, zertrittenen Volksstammes aufzurichten.“ (Lebhafte Beifall.) Hr. S. ich wende mich an die Mecklenburger rechts wie an die links, und bitte sie nicht haben und drücken, auf den Buchrücken zu bestehen, ich bitte Sie, sowie die Konservativen dieses Hauses, des Aufrufs eines ihrer genialsten Führer, des Herrn v. Gerlach, eingedenk zu sein, der 1856 dem Abgeordnetenhaus zurief: „R. S. die starken Konsequenzen des Rechts führen uns alle in die ewige Verdammniß!“ Ich bitte Sie, überweisen Sie die Petition dem Herrn Bundeskanzler! (Lebhafte Beifall.)

Ref. Wagner befürwortet noch einmal den Antrag der Kommission auf Ueberweisung der Petitionen an den Bundesrath zur Prüfung, indem er die Bedenken gegen die Kompetenz in eingehender Weise widerlegt. — Bei der Abstimmung wird dieser Antrag mit großer Majorität angenommen. (Dagegen der größte Theil der Rechten, Abg. Windthorst, Schrap, Bebel.)

Es folgt der Bericht des Abg. Meier (Bremen) über den Antrag Grundrecht die Anstalten für die Seeschiffahrt, Leuchtthürme, Leuchtschiffe, Seeleuchten, das Lootsenwesen ic.) dem Bunde zu unterstellen und in die Kompetenz des Art. 4 der Verfassung aufzunehmen. Die Kommission beschränkt sich auf eine Resolution, den Bundeskanzler aufzufordern, dem Reichstage thunlichst bald diejenigen Vorlagen zu machen, welche geeignet sind, um die Herstellung und Verwaltung der Schiffahrtzeichen im Sinne vorstehender Erwägungsgründe herbeizuführen.

Der Referent empfiehlt die Resolution, da durch eine Uebertragung der gesamten Seeschiffahrtsanstalten die Thätigkeit und selbständige Thätigkeit der unmittelbar betheiligten Staaten gelähmt würde. Das Lootsenwesen brauche nicht mehr unter den Bund gestellt werden, da es nach den Beschlüssen zur Gewerbeordnung der Bundesgesetzgebung bereits untergeordnet sei.

Abg. Grumbrecht bittet, unter Ablehnung des Kommissionsantrages im Art. 4 der Bundesverfassung der Nr. 9 hinzuzufügen: „desgleichen folgende Anstalten für die Seeschiffahrt: die Schiffahrtszeichen (Leuchtschiffe, Leuchten, Baken und sonstige Leuchtzeichen) und das Lootsenwesen.“ Eine Erwägung des Lootsenwesens sei notwendig, da es sich nicht allein um das Gewerbe handle, sondern um viele andere Fragen z. B. den Lootsenzwang handle, der mit dem Gewerbe nichts zu thun habe.

Referent Meier: Das gesamte Lootsenwesen ist ein reines Gewerbe und der Lootsenzwang nichts Anderes als ein Sunktzwang.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Grundrecht mit geringer Majorität angenommen, wodurch der Kommissionsvorschlag erledigt ist.

Es folgt die erste Berathung über den Antrag Schulze und Genof-

fen, betreffend die privatrechtliche Stellung von Vereinen. Auf Antrag des Abg. Gebert wird der beantragte Gesetzentwurf einer Kommission zur Vorberathung überwiesen.

Hiermit ist die Tagesordnung erledigt, der Vizepräsident setzt die nächste Sitzung auf Donnerstag 1 Uhr an und schlägt als Tagesordnung vor: Postvertrag mit dem Kirchenstaat, Aufhebung der Postfreiheit und Wahlgesez für den Reichstag.

Abg. Lasker bittet den letzten Gegenstand seiner Wichtigkeit wegen abzusehen, da kurz vor dem Fest die Besetzung des Hauses betänlich sehr schwach zu sein pflege.

Abg. v. Seydewitz weist darauf hin, daß bei der heutigen namentlichen Abstimmung 210 Stimmen abgegeben worden sind; mehr, als man je im Hause gesehen.

Abg. Lasker: Der Grund der zahlreichen heutigen Besetzung ist kein Geheimniß, es handelte sich für die rechte Seite um eine wichtige Parteifrage.

Es wird zur Abstimmung geschritten. Da das Bureau sich über das Resultat der Abstimmung durch Erheben von den Plätzen nicht einigen kann, so erfolgt Namensaufruf, der ergibt, daß nur 147 Mitglieder, also zwei weniger, als zur Beschlußfähigkeit des Hauses nötig, anwesend sind. Die Frage bleibt deshalb bis zur nächsten Sitzung offen. Der Vizepräsident setzt ferner noch auf die Tagesordnung das Lohnarrestgesez, betreffend Errichtung eines Handelsobergerichtshofes und Kauttionen der Bundesbeamten.

Parlamentarische Nachrichten.

Die Kommission zur Vorberathung des Gesetzentwurfs, welchen der Abg. Kraß eingebracht hatte und der die Entschädigung für die Beschränkung des Grundeigentums durch die Festungstrayon-Bestimmungen betrifft, trat Montag Abend unter dem Vorsize des Abg. v. Steinmeß zu einer mehrstündigen Sitzung zusammen, welcher Seitens der Bundesregierungen der Oberst Maydam und der Geh. Regierungsrath von Puttkammer beiwohnten. Die „Sternsche Korr.“ bringt darüber folgenden Bericht:

Der Abg. Prinz Handjery erklärte zunächst als Referent den historischen Gang, welchen diese Angelegenheit genommen und hob hervor, daß im preuß. Abgeordnetenhaus die bedeutendsten Juristen sich ohne Rücksicht ihrer sonstigen politischen Parteilichkeit für die Entschädigungspflicht durch den Staat ausgesprochen hätten; ebenso hätten alle bisher ergangenen Urtheile diese Entschädigungspflicht anerkannt, mit Ausnahme des Obertribunals. Dieser Gerichtshof stelle die Rayonbeschränkungen als gewöhnliches Servitut im Sinne der Tit. 8 und 22 des Allg. Landrechts dar. Diese Auffassung sei aber anfechtbar. Die Rayonbestimmungen seien weder unter den gewöhnlichen Servituten aufgeführt, noch ließen sie sich überhaupt unter diejenigen Servituten subsumieren, für welche nach dem Allg. Landrecht keine Entschädigung zu zahlen ist. Seiner Ueberzeugung nach ständen also keinerlei gesetzliche Hindernisse dem Gewähren von Entschädigungen für die Rayonbeschränkungen entgegen. Gleichwohl sei der vorliegende Gesetzentwurf nicht annehmbar, weil er die Entschädigung nur im Prinzipie ausspreche, ohne die hierbei notwendigen Modifikationen anzugeben. So sei z. B. nicht darin gesagt, ob der gewöhnliche oder außerordentliche Werth vergütet werden soll, welcher letztere in dem Deichgesez z. B. ausdrücklich ausgeschlossen sei. Man müsse auch erwägen, ob es für die Regierung nicht vortheilhafter sei, wenn sie, wie dies in England der Fall ist, zunächst das erforderliche Terrain im Wege des Expropriationsverfahrens kaufe und dann mit den Beschränkungen der Rayon-Bestimmungen wieder verkaufe. Diese Befugniß der Regierung sei aber nach dem Entwurfe ausgeschlossen. Er könne sich daher nicht für den Entwurf, wie er vorliege, aussprechen, sondern sei geneigt, eine motivirte Tagesordnung vorzuschlagen.

Der Vorsizende gab seine Meinung dahin kund, daß das Recht, Festungen anzulegen, ein Hoheitsrecht und deshalb die Regierung zu keinerlei Entschädigung verpflichtet sei. — Bundeskommissar Maydam erklärte den vorliegenden Gesetzentwurf für unannehmbar. Die Regierung habe sich vielfach mit der Frage beschäftigt, welche Ausdehnung der Rayonbestimmungen in Folge der vermehrten Tragweite der Geschütze und der verbesserten Geschosse gegeben werden müsse. Die Ansichten seien getheilt gewesen. Militärische Autoritäten hätten sich für eine Verschärfung der Bestimmungen auch im weiteren Umkreise ausgesprochen, andere militärische Autoritäten seien dagegen der Meinung gewesen, daß in diesen ausgedehnten Bezirken gar keine Beschränkungen für den Grundbesitz eingeführt werden sollten. Er könne nun gegenwärtig erklären, daß die neuen Rayonbestimmungen keine neuen Beschränkungen enthalten würden und namentlich könne er diese beruhigende Versicherung in Betreff Maßgebungs machen. Das neue Rayongesez sei im Entwurfe fertig, und es stehe zu erwarten, daß dessen Vorlage in der nächsten Session des Reichstages erfolgen werde, doch könne er über den Zeitpunkt noch keine ganz bestimmte Erklärung abgeben. Der Vorsizende meinte zwar, daß nach dieser Erklärung die Sache erledigt sei und die Berathung abgebrochen werden könnte, die Kommission hielt jedoch eine Fortsetzung der Berathung für erpieflich. Die folgenden Redner sprachen sich alle dafür aus, daß der Entwurf unannehmbar sei. Abg. v. Urech erklärte sich für die Unannehmbarkeit zum Theil auch deshalb, weil in den verschiedenen Landesgesetzgebungen verschiedene Bestimmungen über diese Entschädigungen vorhanden seien, wie z. B. in Mainz (was der Abg. Buff bekräftigte). Er werde sich für eine motivirte Tagesordnung erklären, wolle aber die von dem Referenten in Aussicht gestellte Formulirung abwarten. — Ebenfalls für unannehmbar sah der Abg. Wehrenpferd in den vorgelegten Entwurf an; diese Entschädigungen würden sich möglicher Weise auf viele Millionen belaufen und es sei schwer zu verantworten, den Staat mit solchen Summen zu belasten. Ganz abgesehen davon, daß der Zweck doch nicht erreicht würde, nachdem die Regierung den Entwurf von der Hand gewiesen habe, hätten auch die Vereine und Deputationen, welche für die Entschädigungspflicht des Staates eintreten, den Entwurf für unannehmbar erklärt. Abg. Meyer (Thorn) hält die Besetzung des Ministerwerthes für nicht so einfach, wie der Entwurf dies voraussetzen scheint, und glaubt auch, daß die Zustimmung des Bundesraths nicht zu erlangen sein werde. — Der Antragsteller nahm die Erklärung des Bundes-Kommissars, daß die Ausdehnung der Rayonbestimmungen keine neuen Beschränkungen für den Grundbesitzer haben werde, mit Freude entgegen und fügte hinzu, daß er für seine Person nicht den mindesten Zweifel darin setze, daß die Bundesregierungen es mit den Erklärungen, die heute abgegeben worden, ernst meinten, daß er aber als Landesvertreter gegenüber den vielen abweichenden Aeußerungen, welche er in dieser Beziehung von Seiten der Regierung vernommen habe, sich nicht veranlaßt finden könne, seinen Entwurf zurückzugeben. Er könne nur die bereits ausgesprochene Erklärung wiederholen, daß er mit dem Entwurfe nur bezwecke, ein bisher von der Regierung ausgeübtes Privilegium, das schon manchen Staatsbürger schwer geschädigt habe, zu beseitigen. Die Einkünfte, welche gegen den Entwurf erhoben worden, seien nicht zureichend; es sei nur die Entschädigung des gewöhnlichen Werthes, des allgemeinen Wertheswerthes bezweckt, von einem außerordentlichen Werthe sei darin nicht die Rede. Die Alternative, daß die Regierung ermächtigt werde, wie dies nicht bloß in England, sondern auch in Holland, Amerika u. s. w. der Fall sei, das nötige Terrain zuerst anzukaufen und dann mit Rayonbeschränkungen zu belasten wieder zu verkaufen, habe er aus dem Grunde nicht in den Gesetzentwurf aufgenommen, weil er der Ueberzeugung sei, daß dies bei der Anlage neuer Festungen die Spekulation nach rufen könne, wodurch die Entschädigung Gefahr liefe, viel schlechter wegzukommen, als wenn sie die Entschädigung in jedem einzelnen Falle durch Richter feststellen ließe. Die Entschädigungsfrage sei für die Richter in allen Fällen eine sehr schwierige und deshalb hätten alle Gesetzgebungen die Besetzung der Entschädigung dem freien Ermessen des Richters anheimgegeben; es fänden sich nirgends in dieser Beziehung Normativbestimmungen. Nur darin fänden sich Abweichungen vor, daß man bald die Entschädigung durch Zivilbehörden, bald durch Schiedsgerichte feststellen lasse. Er könne sich gar nicht denken, daß man die Entschädigung nicht durch Gerichte, sondern durch Zivil- oder Militärbehörden regle. Normen anzugeben sei nirgends versucht worden, sei auch schwer möglich. — Die Sitzung wurde aufgehoben und der Referent, Prinz Handjery, beauftragt, bis zu der auf Mittwoch anberaumten Sitzung seine motivirte Tagesordnung zu formuliren.

Dr. Arnold ist der Charakter als Geh. Medizinalrath verliehen, und der Kreisphysikus, Sanitätsrath Hr. Dr. Gemmel, zum Regierungs- und Medizinalrath hieselbst ernannt worden.

— **Befehlsveränderung.** Das im Adelnauer Kreise belegene, Herrn R. v. Strzydlewski gehörige Rittergut Mikorzyn, mit einem Areal von 2240 Morgen ist dieser Tage in den Besitz des Herrn Adolph v. Bagzyk aus Bytomie für den Preis von 103,500 Thlr. übergegangen.

— Der „**Dziennik Poznański**“ hatte, wie seiner Zeit gemeldet, wegen Konfiskation der Nr. 98 eine Beschwerde an das hiesige Oberpräsidium gerichtet. Wie genanntes Blatt in seiner gestrigen Nummer mittheilt, ist dem Redakteur derselben, Herrn v. Bychinski, nunmehr ein vom Herrn Oberpräsidenten Grafen Königsmarck vom 7. Mai datirtes Schreiben zugegangen, in welchem derselbe mittheilt, der hiesigen k. Regierung den Auftrag erteilt zu haben, das Verfahren des kgl. Polizeidirektors bei Konfiskation gedachter Nummer des „Dziennik“ zu untersuchen und weitere Schritte vorzunehmen.

— **In der Geglückten Fabrik** ist das Gebäude gegenüber dem Haupteingange von der Schützenstraße her, welches die Komtoirs und Zeichen-Büreaus enthält, durch einen Vorbau mit geschmackvollem, stattlichem Thurm vergrößert worden, welcher eine Thurnuhr und auf dem Dache eine Fahnenstange erhalten wird. Die Fabrik zählt gegenwärtig gegen 400 Arbeiter; unter der umsichtigen und intelligenten Leitung des Hrn. v. Ventkowski und Ober-Ingenieurs Herrn Reinweber, welcher bekanntlich die technische Oberleitung der Fabrik seit deren Gründung führt, nimmt der Betrieb derselben andauernd zu, so daß sich die Nothwendigkeit herausgestellt hat, auch in diesem Sommer die Fabrik durch mehrere Neubauten zu vergrößern.

— **Schulchronik.** Im Regierungsbezirk Posen wurde der 2. Lehrer an der kath. Schule zu Adelnau, Bloch, auf seinen Antrag entlassen. Lehrer Pietzsch in Wielkowo unter die Zahl der zur Ausbildung von Schulklassenpraktanten berechtigten Lehrern aufgenommen. Angestellt wurden: Lehrer Albrecht zu Miloslaw, Kr. Breschen, als Lehrer an der ev. Schule zu Alt-Tudorje-Gauland, Kr. Bomsk, vom 1. Juli c. ab, definitiv; der 2. Lehrer an der kath. Schule zu Kosten, Binkowski, als 1. Lehrer an derselben Schule vom 1. Mai c. ab, definitiv; der Schulklassenpraktikant Jüttner hier, als 2. Lehrer an der kath. Schule zu Kudwitz, Kreis Schroda, zum sofortigen Antritt int.; der Schulklassenpraktikant Kielcowski zu Schemowo, Kr. Breschen, als Lehrer an der dortigen kath. Schule vom 1. Mai c. ab, interimist; Lehrer Klimaszewski zu Koninko, Kr. Schrimm, als Lehrer an der kath. Schule zu Piotrowo, Kr. Kosten, vom 1. Juni c. ab, int.; Lehrer Krzesinski in Kielcowo, Kr. Kosten, als 4. L. an der kath. Schule zu Kosten vom 15. Mai c. ab, interim; der 3. Lehrer an der kath. Schule zu Kosten, Maslowski, als 2. L. an der kath. Schule vom 1. Mai c. ab, definitiv; der 4. Lehrer an der kath. Schule zu Kosten, Komarowski, als 3. L. an der kath. Schule vom 1. Mai c. ab, definit.; der Schulklassenpraktikant Köhr in Blesien, Kr. Birnbaum, als 3. Lehrer an der kath. Schule zum sofortigen Antritt, int.; der Lehrer Schädler in Wigotta, Kr. Schildberg, als Lehrer an der kath. Schule zu Gr. Topola, Kr. Adelnau, zum 1. Juli c. interimistlich. Vakant sind folgende Stellen: Die 2. Lehrerstelle an der kath. Schule zu Adelnau; die Lehrerstelle an der ev. Schule zu Pamer, Kr. Bomsk; die 2. Lehrerstelle an der kath. Schule zu Kielcowo, Kreis Kosten; die Lehrerstelle an der kath. Schule zu Koninko, Kr. Schrimm; die 3. Lehrerstelle an der kath. Schule zu Kurnik, Kr. Schrimm.

Im Regierungsbezirk Bromberg wurden übertragen: die Lehrerstelle an der ev. Schule in Neuforge, Kreis Garsnitau, dem Schulhalter Regemann in Szoltki, Kreis Mogilno, verständigweise; die Lehrerstelle an der ev. Schule in Figerie, Kr. Garsnitau, dem Lehrer Boelter in Romanshof n. S. vom 1. Juli c. ab, int.; die Lehrerstelle an der ev. Schule in Sypnowo, Kr. Chodziesen, dem Schulklassenpraktikanten Sifrau, interim; die Lehrerstelle an der ev. Schule in Gembarkow, Kr. Gnesen, dem Lehrer Krüger in Neudorf bei Wilowo vom 1. April c. ab, int.; die Lehrerstelle an der kath. Schule in Dembno, Kr. Wirlich, dem Lehrer Krzesinski in Neuhof, Kr. Bromberg, vom 1. Juli c. ab, int.; die Lehrerstelle an der kath. Schule in Krzeszyn, Kr. Schubin, dem Lehrer Jeske in Wlaskowice, Kr. Woznowitz, vom 1. Mai c. ab, int. Befähigt wurden: Der 1. Lehrer an der kath. Elementarschule in Schubin, Bygartowski, provisorisch; der 2. Lehrer an der kath. Elementarschule in Schubin, Seyda, provisor.; der Lehrer an der kath. Elementarschule in Gorbun, Kr. Bromberg, Wolf Bevor aus Scharnbeck bei Bremen, provisor. Vakant: die Lehrerstelle an der ev. Kirchschule in Romanshof n. S., Kr. Garsnitau, wohin ein des Organistens kundiger Lehrer gewünscht wird; die Rectorstelle an der mit einer Realklasse verbundenen ev. Schule in Chodziesen; die Lehrerstelle an der ev. Schule in Neudorf, Kr. Gnesen; die Lehrerstelle an der kath. Schule in Neuhoff, Kr. Bromberg; die erste Lehrerstelle an der kath. Elementarschule in Schönlanke, Kr. Garsnitau, womit das Organistenamt an der dortigen kath. Kirche verbunden ist; die Lehrerstelle an der kath. Schule in Wlaskowice, Kreis Woznowitz; die Lehrerstelle an der kath. Schule in Bnin, Kr. Schubin. Im Ganzen sind also in der Provinz 12 Lehrerstellen vakant.

— Der Magistrat in Schöcklen beehrt uns mit folgender Antwort auf die in Nr. 103 unserer Zeitung aufgeworfene Frage:

1) Es sind 2 dicht aneinanderstehende Häuser niedergebrannt. Das Feuer brach zwischen beiden aus.

2) Das älteste Mädchen hatte in Folge des dicken Rauches im Hause bei Ausbruch des Feuers Schaden an den Augen genommen, hat 5 Tage nicht sehen können, sie und ihre Augen sind jetzt aber ganz gesund. Brandwunden hat das Mädchen nicht davon getragen, da es auf jenem Ende, wo sie mit der Mutter wohnte, noch lange nicht brannte. Der Rauch verzog sich auch, so daß andere Leute noch ohne Gefahr in das Zimmer gehen konnten.

3) Eine zweite alte Frau wohnte auf dem Ende, wo das Feuer ausbrach, in einer Oberstube und hat sich freilich halb nadt gerettet, auch ihre sammtliche Habe verloren. Es fing ja aber auch unmittelbar an ihrer und unter ihrer Stube an zu brennen.

— **Neustadt b. B.**, 13. Mai. Unter den Bauhandwerkern herrscht gegenwärtig eine rege Thätigkeit, und würden von ihnen noch mehrere hier lobnende Beschäftigung finden, wenn nur unsere Siegelbesitzer den Bedarf an Rohmaterial befriedigen könnten. Zu den größten Baulichkeiten gehört unstreitig das Schloß, welches der Rittergutsbesitzer Graf Wl. v. Vackl baut, wie auch das Pastorhaus, welches die evangelische Kirchengemeinde aufführen läßt. — Gestern entlief sich über die Stadt und Umgegend ein von starkem Regen begleitetes Gewitter. Der Blitz schlug in die Telegraphenleitung Pinne-Neustadt und verbrannte bei der Station Pinne in dem Galvanostop die Drahtwendungen an mehreren Stellen; ebenso fuhr der Blitz bei der Station Pinne in die Leitung Posen-Landsberg a. W., und wurden dadurch am Apparat die neulieblichen Drähtchen zerfren. — In der Gegend von Bukowice hat es gestern stark gehagelt. Das Unwetter war z. B. auch in Partke, wo der Hagel in Größe von Taubeneiern fiel, und viel Schaden angerichtet hat. — Die auf Schloß Neustadt neu erbaute Dampf-Bräuererei ist nunmehr im vollen Betriebe, und wird das Fabrikat allgemein als vorzüglich anerkannt. Diefelbe liefert nicht nur einfaches und doppeltes, sondern auch bayrisches Bier.

— **Genpen**, 10. Mai. Der Versuch, hierorts einen Privat-Feuerlöschverein zu gründen, welcher von einem hiesigen Kaufmann ausgegangen war, ist an der Gleichgültigkeit des Publikums gescheitert. Die Besuche in dem Rathhause abgehaltene Versammlung war so spärlich besucht, daß sofort das Projekt fallen gelassen werden mußte. Indes ist ein Komitee, bestehend aus den Herren Rechtsanwalt Grauer, Lehrer Spiller, Kaufmann Valentin Henschel, Kaufmann S. W. Tollas und Kaufmann Samuel Gultmann gewählt worden, um das an sich heilsame Institut, wenn irgend möglich, ins Leben zu rufen. — Erfreulicher ist es, daß der hiesige Turnverein, welcher in den letzten Jahren wegen Mangel an Betheiligung nur noch ein Scheinwesen geblieben hatte, jetzt wieder besonders durch die Bemühungen des Rectors Dr. Brock und des Rechtsanwalts Grauer zum Leben erweckt wird. Das Turnfest, welches wir im Jahre 1861 gefeiert, bildet einen Glanzpunkt in den Annalen unserer Stadtgeschichte, und es wird dankend anerkannt, daß die kostbare Bahne unseres Turnvereins, die bei dem Leipziger Turnfeste aufgestellt wurde, nun nicht mehr in der Rumpellammer vermodern, sondern wieder ihrer Bestimmung nach den freudigen Gezeiten einer modernen deutschgefinnten Jugend voranzutreten soll. — Ein gräßliches Unglück passirte vor wenigen Tagen in dem nahen Dorfe Podzamce. Der dortige wohlhabende Wirth Cieslak war Abends um 9 Uhr, leicht angezogen, nach Hause gekommen, und war eben im Begriffe, sich zur Ruhe zu begeben, als ein Nachbar ihn ersuchte, ihm zwei Bund Heu

(Fortsetzung in der Beilage.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 13. Mai.

— Dem bisherigen Regierungs- und Medizinalrath Hrn.

abzulassen. Nachdem er es zuerst verweigert hatte, ließ er sich schließlich doch auf wiederholtes Bitten bewegen, die Leiter zum Heuboden hinaufzuleiten und das erbetene Heu zu verabfolgen. Aber der Unglückliche verlor dabei das Gleichgewicht und zugleich mit dem zweiten Bunde fürzte er kopfüber auf die Tanne der Scheune hinunter. Der Schädel war in kleine Stücke zersplittert; er röchelte zwar noch, aber als der von hier herzugeholte Kreisphysikus nach zwei Stunden anlangte, war er bereits todt. Er war 49 Jahre alt, hinterläßt eine Wittve, aber keine Kinder. — Der nordöstliche Theil unseres Kreises zeichnet sich von jeher durch seinen nicht beneidenswerthen Reichthum an Kreuzvögeln aus. In voriger Woche setzte sich nahe bei dem Dorfe Wiadyszki eine solche einem weidenden Pferde an die eine Nüstler fest. Das Thier verlor die unwillkommene Einquartierung abzusütteln, die Otter aber gerieth dabei dem armen Pferde um (der Herr Korrespondent wollte wohl schreiben: in) den Hals, und nach wenigen Stunden war dasselbe krepiert. — In dem nahe gelegenen polnischen Städtchen Strulow gingen vor wenigen Tagen ein Paar jugendliche Kalmückler ins Freie spazieren. An einer Windmühle angelangt, wettete der eine, daß er unbeschädigt unter den vom Winde getriebenen Windmühlensflügeln hindurchlaufen würde. Der Preis war — ein gekochtes Ei. Er gewann, und dadurch tollkühn gemacht, wollte er nun einen Stock unter den Mühlenflügel hinwerfen und im Durchlaufen denselben aufheben. Diesmal gewann er nicht; vielmehr brach ihm der vorbeisauende Mühlenflügel nicht nur zwei Rippen, sondern schleuderte ihn auch eine beträchtliche Strecke hinweg, wodurch er das Genick brach. — Heut wurde in der hiesigen höheren Mädchenschule, welche unter der Leitung des Fräulein Schilling steht, die öffentliche Prüfung abgehalten. Unter einer zahlreichen Theilnahme des Publikums wurden die Schülerinnen in neueren Sprachen, Geschichte und Literatur examinirt. Das Resultat war höchst erfreulich, und die Befriedigung, welche Herr Prediger Schwarzer in seiner Rede vor dem Examen gab, man würde an den Antworten der Schülerinnen erkennen, daß die Lehrer ihre Pflicht gethan, fand ihre vollste Befriedigung. Der Schule ist ein fröhliches Gebeihen rathlos zu wünschen.

Wongrowie, 12. Mai. Am 7. d. Mts. 12 1/2 Uhr Mittags traf hier der Hr. Erzbischof Graf Ledochowski von Crin kommend zur Kirchen-Visitation ein. Zu seinem Empfange wurden Seitens der städtischen Bewohner, ohne Unterschied der Konfession, so wie der ländlichen Bevölkerung die bestmöglichen Vorbereitungen getroffen. An der Pfarrgrenze Tarnowo-Legowo wurde der Hr. Erzbischof von 46 berittenen bäuerlichen Jünglingen empfangen und bis zur Stadt begleitet. Beim Eingange in die Stadt war eine Ehrenpforte von 18 Fuß Höhe erbaut, mit Moos und Rothbäumensträuchern verziert, deren Krone das sehr gut ausgeführte erzbischöfliche Wappen und die Front das geistliche Volk von Ledochowski'schen Familienwappen zierten. Vor dieser Ehrenpforte versammelten sich die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung, weißgekleidete Jungfrauen, die ländlichen Jungfrauen — sowohl die städtischen als ländlichen von dergleichen Jünglingen begleitet, — die Schüler der höheren Knabenschule und die verschiedenen Innungsangehörigen und stellten sich in geordneten Rängen auf. Bei der Ankunft verließ der Herr Erzbischof mit seiner Begleitung den Wagen und wurde Namens der Stadt von dem Bürgermeister Alberti mit folgender Ansprache deutsch begrüßt:

„Hochwürdigster Herr Erzbischof! Der Tag, an welchem Euer Erzbischöflichen Gnaden wir unsere Huldigungen darzubringen das Glück haben sollten ist längst von der hiesigen gesammten Bürgerchaft schmerzlich herbeigewünscht. Er ist gekommen und wir erscheinen an dieser Stelle als Vertreter der Stadt freudig vor Demjenigen, dessen Wohlwollen dem geistigen Gebeihen unserer Kommune und Umgegenen bereits so reichlich zugewendet worden ist. Wir rufen Euer Erzbischöflichen Gnaden ein herzlich willkommen mit voller Ergebenheit, Vertrauen und dem innigen Wunsche zu, Hochdieselben mögen bei Ihrer Anwesenheit ein günstiges Bild von der hiesigen Stadt gewinnen und gnädigst finden, daß sie geeignet ist eine Anstalt anzunehmen, in welcher wahre Religiosität, geistige Bildung, Treue und Abhängigkeit an König und Vaterland gefördert werden wird.“

Der Kirchenfürst gab hierauf eine kurze Erwiderung in den wohlwollendsten Worten ebenfalls in deutscher Sprache. — Eine der städtischen Jungfrauen desklamirte und überreichte hierauf ein auf Atlas gedrucktes Gedicht in polnischer Sprache, welches der Herr Erzbischof huldvoll an sich nahm. — Unter einem von vier Geistlichen getragenen Baldachin, begleitet von der hiesigen gut uniformirten Schützengilde, begab sich der Kirchenfürst hierauf zu Fuß über den Markt, die breite und die Klosterstraße unter großer Volksgelächter nach der hiesigen Pfarrkirche. Ueberall waren die Häuser auf eine oder die andere Art geziert und der Weg, welchen der hohe Gast zu passieren hatte, mit Birken und Rothbäumen besetzt. — An der Kirchumwahrung angelangt, wurde der Herr Erzbischof vor der hier durch den Ortsparroren erbauten Ehrenpforte, von dem Rittergutsbesitzer v. Mojszencki aus Wiatrow in polnischer Sprache bewillkommnet und erhielt eine freundliche Erwiderung. Der Zug begab sich demnach nach der Kirche, (in welcher Weise hier der Herr Erzbischof von dem Herrn Ortsparroren empfangen wurde, kann Referent nicht angeben, indem gleich nach Eintritt des Herrn Erzbischofs in die Kirche, die Kirchthüren von innen verschlossen wurden, so daß eine große Volksmenge und unter dieser auch Referent draußen vor der Kirche bleiben mußten). Erst später gelangte man in die Kirche, wo bereits Herr Prälat v. Rozmita die Kanzel betrat und in einem treffend gehaltenen polnischen Vortrage, den Zweck der erzbischöflichen Kirchenvisitation den Versammelten deutlich auseinandersetzte. Nach dem kirchlichen Zeremoniel prüfte der Herr Erzbischof die versammelte Schützengilde, beschenkte dieselbe mit Rathschüssen und begab sich nach 3 Uhr Nachmittags nach dem Pfarrhause. Vor demselben vertheilte er an die städtischen Jungfrauen als Zeichen seines Wohlwollens für den durch dieselben ihm bereiteten Empfang, Medaillons und empfing im Pfarrhause die dorthin beschiedenen Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung. Bei der Vorstellung äußerte der Herr Erzbischof:

„daß er hoffe, seine Bemühungen, vereint mit den Bemühungen der hiesigen Kommune, werden endlich mit dem erwünschten Erfolge gekrönt werden.“

Nachmittags fand in der Pfarrkirche die Spendung des Sacraments der h. Firmung statt.

Am 8. d. Mts. celebrierte der Herr Erzbischof eine Messe in der Pfarrkirche, empfing Nachmittags den Herrn Landrath v. Suchodolski und firmte wiederum eine große Zahl von Gläubigen. Gegen Abend besuchte derselbe das hier vom Kanonikus Ruffoff errichtete, unter der Leitung der Barmherzigen Schwestern stehende Waisenhaus und beehrte den Herrn Landrath v. Suchodolski und demnach den Bürgermeister Alberti mit einem Besuche in ihren Wohnungen. — Sowohl am 7. als am 8. d. M. war die Pfarrwohnung, in welcher der Herr Erzbischof logirte, sowie auch der ganze, durch schöne Baumanlagen sich prächtig ausnehmende Kirchplatz durch buntfarbige Lampionen erleuchtet, während auf dem durch die hiesige Stadt fließenden Welnaflusse und dem damit verbundenen See Freudenfeuer und bengalische Flammen brannten.

Am Sonntag den 9. d. M. celebrierte der Hr. Erzbischof die h. Messe in der Klosterpfarrkirche, während welcher von dem hiesigen deutschen Gesangsverein lateinische Meslieder sehr trefflich gesungen wurden. Nach der Andacht dankte der Stadtprobst Hr. Bulowicki dem Kirchenfürsten für seinen Besuch und erbat den erzbischöflichen Segen für die Gläubigen der Stadt und der ländlichen Parochie Tarnowo-Legowo. Der Hr. Erzbischof hielt vom Altare aus eine längere, liebevolle Ansprache an die Versammelten und ertheilte den Segen. Hiernächst begab sich derselbe nach der im Klostergebäude befindlichen Wohnung des Pfarrers von Tarnowo-Legowo, Kanonikus Wuloff, erfreute noch den von einer Krankheit in der Klosterkirche befindlichen Fräulein Alberti mit einem Besuche, empfing dort auch dessen Mutter, die Frau Bürgermeister Alberti, nebst Tochter und einen kleinen Sohn, ertheilte ihnen den Segen und verließ unsere Stadt gegen 9 1/2 Uhr Vormittags vom Kloster aus, denselben Weg, den er gekommen, unter freudigem Ruf der versammelten Volksmenge, nach Kozielsko sich beggebend. Die berittenen 46 Dorfjünglinge begleiteten den Herrn Erzbischof über das Kirchdorf Tarnowo bis zur Parochialgrenze in derselben guten Ordnung, wie bei der Einholung. — Als Beweis der Verehrung, mit welcher der Herr Erzbischof hier von der hiesigen Bevölkerung ohne Unterschied des Verstandes empfangen und hinausbegleitet worden, muß ich noch folgenden Umstand anführen: Das erste an der Chaussee von Crin belegene Haus gehört dem Tischlermeister Karpen, jüdischer Konfession. Herr v. Karpen brachte an seinem Hause eine Tafel, von beiden Seiten mit der päpstlichen resp. erzbischöflichen und mitten mit einer größeren preussischen Fahne geziert, an mit folgender hehrlichen Inschrift:

ברוך אתה ברוך אתה ברוך אתה
(„Gefegnet seist Du bei Deinem Antommen“)
Bei der Abfahrt wurde das letzte Wort abgeändert und lautete demnach die Aufschrift:
ברוך אתה ברוך אתה ברוך אתה
(und „Gefegnet seist Du bei Deinem Ausgange“).

Schließlich kann ich nicht umhin, hier hervorzuheben, daß die städtische Triumphehrenpforte nach Angabe und unter persönlicher unentgeltlicher Leitung des Maurermeisters Alberti aufgeführt ist und daß bei Beschaffung des dabei erforderlichen Materials die Bau-Kommissarien, Herren Stadtverordneten Osmolcki und Bernhard Rothmann, weder Mühe noch Aufopferung gescheut haben, wofür ihnen ein besonderer Dank der Stadt gebührt. — Die schönen Kränze, mit welchen die städtische Ehrenpforte sinnreich geziert war, sind unter der unermüßlichen Leitung der Frau Kontitor Osmolcka gefertigt, wie auch von derselben die städtischen Jungfrauen organisiert und geleitet worden. Auch derselben gebührt Dank hierfür. — Der Organisator der berittenen Dorfjünglinge, der erschienenen Dorfjungfrauen und der Leiter der an den Abenden des 7. und 8. d. Mts. auf dem Welnaflusse angezündeten Freudenfeuer und bengalischen Flammen war wiederum mit jugendlichem Eifer der Maurermeister Alberti.

?? Crin, 11. Mai. Der hiesige Bürgermeister und Distriktskommissarius Krenz legt mit dem 1. Oktober d. J. das Amt als Bürgermeister freiwillig nieder. Ob die Stadtverordneten die nur mit 400 Thln. besoldete Stelle einem von den Bewerbern, die sich unter der Hand gemeldet, übertragen oder eine besondere Konkurrenz ausschreiben wird, ist noch nicht entschieden. Bei Befestigung der von den Kommunen gewählten Bürgermeister gehen die Regierungen zu Bromberg und Posen mit großer Sorgfalt zu Werke; dazu ist wohl ein Grund in dem Umstande gegeben, daß den Bürgermeistern nicht allein die Wahrnehmung der Interessen der Stadt, sondern auch die Ausübung der Befugnisse einer polizeilichen Behörde übertragen sind, und in der Provinz Posen kommt es nach den Erfahrungen, die in den bewegten Jahren 1846, 1848 und 1863 gemacht worden sind, ganz vorzugsweise darauf an, daß die Regierung in den Bürgermeistern Organe besitze, die sich in ihren Pflichten gegen den Staat durch feinerliche nationale, den Interessen desselben widersprechende Agitationen wandend machen lassen. Wo die finanziellen Kräfte kleinerer Städte eine angemessene Befoldung nicht gestatten, hilft die Regierung mit Zuschüssen nach; wenn dies auch rüchsiglich Eignis geschehen könnte, dann hätte dieselbe Aussicht, eine tüchtige Kraft zu gewinnen.

Die Ausstellung in Lissa.

Eine Ausstellung, wie die hier jüngst veranstaltete, darf in dem Falle selbst, daß sie die gewerbliche Industrie und die landwirthschaftliche Produktionsfähigkeit der ganzen Provinz vertritt, immer nur als eine solche angesehen werden, bestimmt, einen klaren Einblick in die Produktionsfähigkeit und in den Fortschritt zu gewähren, den diese Provinz in den ihr am meisten zugänglichen und durch Bodenbeschaffenheit, Kommunikationsmittel, Kapitalbesitz, Binnenverkehr, Bedürfnis in den bedingten Sphären innerhalb eines gewissen Zeitraumes und im Vergleich zu den benachbarten Provinzen und Ländern gemacht hat. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend kann es bei der Beurtheilung einer derartigen Ausstellung ungleich weniger darauf ankommen, wer und was er ausgestellt hat, als vielmehr darauf, ob die ausgestellten Objekte aus der Produktionsfähigkeit innerhalb der provinziellen Kreise selbst hervorgegangen, denn Ausstellungen erster Art qualifiziren sich wohl für große hauptstädtische Weltausstellungen, bei welcher Länder und Nationalitäten miteinander wetteifern und konkurriren, nicht aber für solche, die einen vorherrschend lokalen Charakter an sich tragen. Referent hat es nach dieser seiner, wie er gern zugibt, subjektiven Ansicht, stets als eine Anomalie betrachtet, wenn bei Anlaß solcher lokalen und provinziellen Ausstellungen zum Nachtheil der eigenen heimischen Industrien auswärtige, d. h. fremde Aussteller prämiirt werden. In der Zulassung von nicht einheimisch erzeugten Objekten liegt schon eine dieselbe beginnende Liberalität; die Aussteller derselben, seien es fremde oder einheimische aber noch obenin prämiiren, heißt die heimischen Produzenten und Interessenten offenbar beeinträchtigen.

Gemäß dieser seiner Anschauung wird Hr. Ref. in Nachfolgendem, bei welchem er den gewerblichen Theil der Ausstellung behandelt, in erster Linie über die provinzielle Industrie und erst im Anschluß an dieselbe, die von anderen Seiten ausgestellten Objekte hervorheben, bei beiden selbstverständlich nur das, was einer wirklichen Auszeichnung und Erwähnung für werth befunden worden. Gegen den Vorwurf der Verfolgung bornirter Kirchthürminteressen weiß er sich durch das Bewußtsein gesichert, das Gute und Verdienstliche überall, wo er es irgend wahrnimmt, zu würdigen und zu schätzen. Wir legen der nachfolgenden Uebersicht die Reihenfolge zu Grunde, wie sie die Prämiirungsliste nachweist. Prämiirt wurden in Allem 40 Aussteller von gewerblichen Erzeugnissen.

- 1) Krzyzanowski aus Posen für künstliche Steinwaaren, Statuen, Krippen und andere Gegenstände der Art (silberne Medaille);
- 2) Segielski-Posen für zahlreich ausgestellte Plüze verschiedener Gattung, Siemaschinen, Drillmaschinen, Arbeitswagen, Drechselmaschinen im Betrieb u. dgl. m. (silberne Medaille);
- 3) Krümmel-Lissa, Brenneri-Apparat mit Rehringiger Kolonne, äußerst sauber und solide gearbeitet (silberne Medaille);
- 4) Mägeln-Posen, Formschiff-Vollig aus Eisen mit Kartoffelquetsche und Maisdrücker verbunden, eine sehr sauber gearbeitete Dampfmaschine und verschiedene andere landwirthschaftl. Geräthe und Maschinen (silberne Medaille);
- 5) Spielerei-Lissa, vorzügliche Sägemaschine und andere schön gearbeitete landwirthschaftl. Geräthe (silberne Medaille);
- 6) Schneider-Lissa, französische Mühleisene und das in der Arbeit begriffene Material zu denselben. Das Ausgestellte war so wohl geordnet, daß es dem Beschauer einen klaren Ueberblick vom Rohmaterial bis zur Vollendung gewährte. Die vollendeten Steine schienen elegant, wie aus einem Guß gefornt, so daß es eines scharfen Auges bedurte, um die Hunderte von Fugen zu entdecken, die die Zusammenfügung der Bestandtheile erforderte. Der Fabrikant konkurirt bereits mit dem besten französischen Fabrikat und in seiner Fabrik offenbart sich eine aufsteigend rege Thätigkeit (silberne Medaille);
- 7) Dr. Peters als Vertreter der chemischen Versuchstation zu Kuschen, Getreideähren und verschiedene andere Zerealien (silberne Medaille);
- 8) Milch-Posen, Dampf-Rindfleisch-Fabrik in Serzeye, ausgefallenes Knackfleisch und andere künstliche Döng-Präparate (silberne Medaille);
- 9) Lenhard-Lissa, für ausgestellte sehr sauber gearbeitete Sattler- und Riemenarbeiten (bronzene Medaille);
- 10) Victor-Posen, Maschinenöl und Pappen (silberne Medaille);
- 11) Büchsenmacher Kandler-Lissa, Zündnadel-Klitten nach eigener Konstruktion mit besonders hervorzuhebender eigenthümlicher Versicherungs-Vorrichtung, die Arbeiten waren äußerst sauber und solide (Bronz. Med.);
- 12) Schubert und Grune (Kr. Frauastadt) und Kirichke, Lehrer in Barga bei Frauastadt, für ausgestellte Dienstreibe von besonders sinnreicher Konstruktion (erster mit einer Ehrenfahne, letzterer mit einer Geldprämie von 3 Thlr. belohnt);
- 13) Lehmann-Rittche vorzügliche Drainröhren, Mauer- und Dachziegel (Ehrenfahne);
- 14) Fortinspektor Wundrack-Meißen, Hirschköpfe mit selten schönen und mächtigen Geweihen, ausgestopfte Vögel, besonders riesige Alceeremplare, wilde Schweinsköpfe, Füchse und verschiedene andere Raubthiere (Ehrenfahne);
- 15) Kiegl-Lissa für sauber ausgestellte Gelbgießerarbeiten (3 Thlr. Prämie);
- 16) gleiche Geldprämie wurde 16) dem Gelbgießer Zugehör-Lissa zuerkannt. Sehr schön gearbeitete Gegenstände waren ferner von: 17) Jabot aus Bojanowo, Getreide-Reinigungsmaschinen; 18) Schreiber aus Schmiedel, Kartoffel-Reinigungsmaschine; 19) Sokolowski aus Posen, Böttchergesäße; 20) Altman aus Lissa, alle Arten von Messern; 21) Demmin aus Lissa, Birten; 22) Geisler aus Bojanowo, Schlosserarbeiten; 23) Tausk aus Lissa, Korbbaren; 24) Schlatke aus Zaborowo, Arbeitswagen; 25) Kirichke aus Schwepkau, eiserne Werkzeuge; 26) Unglaube aus Lissa, Schlosserarbeiten; 27) Steiger aus Lissa, Arbeitswagen; 28) Ragner aus Lissa, Küchengeräthe ausgestellt, von denen die Aussteller sub. 16 bis 25 mit Geldprämien von je 3 und 2 Thlr., die sub. 26—28 mit Ehrenfahnen ausgezeichnet wurden. Besonders hervorgehoben zu werden verdienen ferner unter den einheimischen Gewerbetreibenden noch die prämiirten Zündwarenfabrikate von: 29) Julius Zobel aus Lissa, die Fabrikate zeichnen sich durch Sauberkeit der Arbeit, wie durch ihre vorzügliche Brennbarkeit aus und können mit den sehr renommirten Wiener Fabrikaten in jeder Weise konkurriren. Die Fabrik besteht hier seit etwa 2 1/2 Jahren und wird in Kurzem eine Erweiterung durch Dampftrieb erhalten. Der Aussteller ist unseres Wissens der einzige Fabrikbesitzer dieser Art in der Provinz und beschäftigt jetzt schon gegen 40 Arbeiter. Die ausgestellten Gegenstände offenbarten in ihrer Ausstellung großen Geschmack und Schönheitsinn.

Von dieser Uebersicht derjenigen prämiirten Aussteller, die in der hiesigen Provinz ansässig sind und ihren Fabrik- und Gewerbebetrieb selbstständig und nicht bloß kommerziell betreiben, wenden wir uns zu den übrigen Ausstellern, deren Objekte uns gleichfalls der besondern Erwähnung werth scheinen, und die zumest auch von der bestallten Kommission zur Prüfung der ausgestellten Gegenstände mit Prämien bedacht wurden. Vorzügliche Drillmaschinen waren ausgestellt von Zimmermann aus Halle; Drechselmaschinen von Glöckner aus Tschirndorf (bei Hansdorf); desgleichen von Eckert aus Berlin; Maschinenriemen von Schmidt aus Breslau; chirurgische Instrumente von Meyer aus Breslau; vorzügliche Thonwaaren von Matern aus Slogau, Pumpen und andere Fabrikate von Haenach aus Lissa; Küchengeräthe von Auerbach in Posen; Flachs von Sander aus Klopischen u. a. Besondere Aufmerksamkeit, namentlich Seitens des größeren Publikums, erregten die von Fräulein Anna Scholz ausgestellten Singschiffen Nähmaschinen, deren Vorzüge von Sachverständigen besondere Anerkennung genossen. Das Ausstellungsgelände derselben war fast stets belagert und die Maschinen beständig im Gange. Die Sauberkeit der mittels dieser Maschinen (wir glauben besonders die Schuhmacher- und Knopflochmaschinen hervorheben zu dürfen) erzielten Arbeiten wurden mit Recht ausgezeichnet und von einer bis jetzt nicht erreichten Vollkommenheit besunden. — Auch Luruswagen aller Art waren ausgestellt, ohne daß dieselben jedoch einer Auszeichnung für würdig erachtet worden, weil besondere Vorzüge an ihnen nicht zu finden gewesen. Ebenso fanden sich Belocipeden mannigfacher Konstruktion vor und wurden damit häufige Fahrten auf dem Ausstellungsgelände gemacht. Den Vorzug schienen jedoch nach allgemeinem Urtheil die zweirädrigen zu finden, sofern nur erst die erforderliche Gewandtheit in deren Handhabung vorhanden ist.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Ueber die volkswirtschaftliche Lage der Provinz Preußen bringt der eben erschienene Jahresbericht der Danziger Kaufmannschafts-Vereine beachtenswerthe Mittheilungen, welche zunächst die wirthschaftliche Isolirung hervorheben, wovon die ganze Provinz wie kein anderer Theil des Zollvereinsgebietes betroffen ist. Dann wird an ein oft besprochenes, altes Leiden des Handels der Provinzen Preußen, Posen, Schlesiens erinnert und nachgewiesen, daß Rußland, trotz aller sonstigen scheinbar freundschaftlichen Beziehungen zu Preußen, mit letzterem auf volkswirtschaftlichem Gebiete einen andauernden Krieg führt, der für beide Theile von weit schlimmeren Schäden begleitet wird, als sie ein wirklicher Krieg herbeiführen könnte. Unsere Staats-Regierung hat es an Bemühungen zur Beendigung dieses, so zu sagen, volkswirtschaftlichen Krieges nicht fehlen lassen, aber keinen Erfolg gehabt, wohl weil günstige politische Momente veräuert worden sind. Eine baldige Besserung unserer Handelsbeziehungen zu Rußland ist schwer zu erwarten, meint die Post* und sie mag Recht haben. Den Grund dafür aber sehen wir nicht allein in Versäumnissen der Regierung, sondern auch in dem Mangel einer einheitlichen und systematischen Agitation von Seiten der Privaten, besonders der Handelskammern.

Miel, 12. Mai. Das Postdampfschiff „Eiberen“ traf heute erst 5 Uhr 20 Minuten früh aus Koscer hier ein. Die Passagiere und die Briefpost haben noch mit dem Gänge nach Altona Beförderung erhalten. Die Fahrpost ist mit dem Zuge 7 Uhr 5 Minuten weitergesandt worden.

Leipzig, 12. Mai. In der heutigen Generalversammlung der Aktionäre der Leipziger Bank wurde die Feststellung der Dividende pro 1868 auf 5 1/2 Prozent, sowie der Vorschlag, an Stelle des sich zurückziehenden Direktors Herrmann zwei vollziehende Direktoren zu wählen, genehmigt.

München, 12. Mai. Der Verwaltungsrath der neu konstituirten Bayerischen Vereinsbank hat das Bankgeschäft von Robert v. Brühl hier selbst angekauft. Die Vereinsbank-Aktien werden mit 36 Thaleragio gehandelt.

Breslau, 10. Mai. [Sebenundzwanzigste Versammlung der deutschen Land- und Forstwirthe zu Breslau.] Gestern brachten die Eisenbahnzüge aus allen Theilen Deutschlands und Oesterreichs die Wanderer herbei, die von dem altbewährten Ruf, den gerade diese Wanderversammlung seit einer langen Reihe von Jahren genießt, zahlreich genug herbeigeloht wurden. Am 9. Abends waren schon über 1000 Mitglieder erschienen und die gesellige Zusammenkunft im Lieblichden Stabliement war überaus stark besucht. Die Versammlungswoge bietet auch an Sebenswürdiges viel; Breslau produirt in diesen Tagen seinem Publikum eine Schauffaer, eine Naturhistorische Ausstellung, einen Maschinenmarkt und Zuchtviehmarkt, eine forstwirthschaftliche Ausstellung und endlich eine großartige Ausstellung landwirthschaftlicher Erzeugnisse aller Art, die den Raum des ganzen Ständehauses zu Breslau ausfüllt.

Die Versammlung wurde heute um 12 Uhr eröffnet und beschäftigte sich nach den unvermeidlichen Konstituierungsverhandlungen mit der Frage: ob das Grundgesetz der Versammlung mit der Geschäftsordnung vom Jahre 1838 noch ausreichend und zweckmäßig sei und welche Veränderungen etwa daran vorzunehmen? Natürlich wurde Vieles darüber gesprochen und doch schließlich Alles beim Alten gelassen, da auch wirklich nichts Erhebliches dagegen zu erinnern war. Die Versammlung hat offenbar wohl daran gethan, zu ihrer Zusammenkunft den Mai zu wählen, statt dessen sie 26 Jahr lang den September oder August vorzog. Zeit, Wetter, Reisefuß, geringere Abhaltung durch Geschäfte treffen günstig im Mai zusammen und auch den Forstwirthen scheint dieser Monat zu konveniren, denn sie sind hier überaus zahlreich aus Schlesiens und Oesterreichs Wäldern vertreten.

Von den Thierschauen war heute zuerst die Schauffaer eröffnet, die in ihren 25 verschiedenen Nummern und Verschlüssen ein reiches, kaum zu bewältigendes Bild bot. Schlesiens ist die Provinz der Schauffaer; sie hatte natürlich das stärkste Kontingent gestellt. Der jahrelang andauernde Kampf um das goldene Vieh, der vor einigen Jahren die landwirthschaftliche Literatur beschäftigte, hat auch hier sein Gutes gehabt. Das Schlesiens Schauffaer in der Konkurrenz um die höchste Feinheit an Statuar und Körperbau verloren hatte, ist ihr nicht umsonst vorgehalten worden. Die Züchter haben mit möglicher Erhaltung der guten Vollqualitäten durch gute Zucht auswahl die Körper verbessert. Die Staturen waren selbst bei den feinsten Elektoralgeschafen von Kalinowiz (Elsner von Gronow) niederstämmig gedrungen und nach Verhältniß groß. Dieser Stammherde kann man an der am reinsten erhaltenen Urelektoralherde ansehen, wie sie einst vor einem Jahrhundert von Spanien her eingeführt wurde. Kawitz in Währen (Eigenthum der Gräfin Thun-Hohenstein) stellte dagegen den besten Ueßamm von Originalnegrett aus, wie wir sie je gesehen haben. — Wenn die Elektoralzucht sich der Gedrungenheit in den Körperformen befleißigt hatte, so haben die Negrettzüchter auch einsehen lernen, daß die Wohlthe für die Hauptfalten ebenfalls von schädlichen Uebermaß führen kann. Sie haben nachgelassen in dieser Liebhaberei; nur eine Gruppe von Böden kann gleichsam da wie zum warnenden Beispiel dieses Faltenübermaßes; es war die Schäferlei Stalitz des Grafen Daun in Währen. Die Rammboullens und Rammboullens waren nur in dreißig Nummern vertreten, die aber fast sämmtlich Vorzügliches boten. Pommern, Mecklenburg und Preußen waren hier vorherrschend. Alt-Marrin (Pommern) hatte wohl das feinste Rammboullentier zur Schau, es erinnerte am meisten an das reine Infantaboullent, es ist gut gebaut und zur Ausbildung der Körperfülle geeignet. Die reinsten Vollblut-Rammboullens hatte Marklar (Westpreußen); Sächsen stellte in Kreuzungen von Strohwalde gute Staturen mit schöner Wolle aus. Beachtenswerth bleibt immer der schöne maßfahige Bau der Rammboullens, der entschieden eine Zukunft hat, denn wenn wir, wie jetzt die Säden liegen, in der Schauffaer die Vollproduktion immer noch nicht hinfantsetzen können, so ist zum Ausbau der Raßfähigkeit des Thieres das Augenmerk des Züchters entschieden auf diese Rammboullens zu richten. Wir sehen Maßfahigkeit von Merinos mit einer so vollkommenen Körperfülle und Schwere, welche kaum den Southdownes etwas nachgab. Es war dies die Schäferei Alt-Pangrodz (Posen). Das englische Kleinfach war schließlich in zehn Nummern vertreten, worunter echte Downs des Lord Balfingham (Norfolk), sie waren so fett, daß sie den Schweinen ähnlicher sahen, als den Schafen. Außerdem hatten Bogdanomo (Posen) und Güssen (Bernburg) ausgezeichnete South-down-Racen aufgestellt.



Als ausgezeichnet leistungsfähig anerkannt sind die amerikanischen Nähmaschinen

Grover & Baker

in Boston und New York. Geräuschlos, mit größter Sauberkeit und Sicherheit arbeitend, sind sie für gewerbliche Zwecke, für Stoff- und Lederarbeiter, für Damenschneiderei, Konfektion und Wäschefabrikation und für den Familien-Haushalt besonders zu empfehlen.

Haupt-Niederlage und allein echt zu haben: Posen, Wilhelmplatz 5, bei Eugen Werner.

Flügel und Pianino's

aus der rühmlichst bekannten Fabrik des Hoflieferanten Herrn C. Bechstein in Berlin, von welchem ich den alleinigen Verkauf seiner Fabrikate für die Stadt und Provinz Posen habe, sind wiederum in neuer Sendung eingetroffen und empfehle ich solche mit dem Bemerkten, daß sich darunter schon Pianino's zu 180 Thlr. befinden.

S. Jacob Mendelsohn.

MATICO-INJECTION

VON GRIMAULT & CO APOTHEKER IN PARIS

Aus den Blättern der Matico-Pflanze bereitet, dient die Matico-Injection als sicheres und rasches Heilmittel gegen Gonorrhoe. Ferner werden von demselben Hause gegen diese Krankheit Glutens-Kapseln unter dem Namen Capsules végétales au Matico bereitet, welche neben dem Copaiva-Balsam die wirksamen Bestandtheile der Matico-Pflanze enthalten. Durch Vereinigung beider Substanzen werden nicht allein die Heilkräfte des Balsams erhöht, sondern auch das unangenehme Aufstoßen und die Uebelkeiten, welche der Gebrauch des Copaiva-Balsams nach sich zieht, vermieden.

CARLSBAD.

Natürliche Mineralwasser.

Schlossbrunn, Mühlbrunn, Sprudel. 1 Kiste (50 Krüge) Fl. 11. 1 Kiste (50 Flaschen) Fl. 14 öst. W. Franco Emballage.

Man gebraucht das versendete Carlsbader Wasser auf dieselbe Art zu Hause, wie an der Quelle selbst. Die gewöhnliche Dosis ist an jedem Morgen eine Flasche Mineralwasser, das man in Zwischenräumen von je 20 Minuten entweder kalt oder erwärmt bei Bewegung im Freien, wenn es zulässig, oder zu Hause, und nöthigenfalls im Bette genießt. Um die abführende Wirkung des versendeten Carlsbader Wassers zu verstärken, braucht man demselben nur einen Theelöffel voll Sprudelsalzes zuzusetzen. Die Füllung und Versendung hat bereits begonnen durch Heinrich Mattoni, Brunnen-Versendungs-Direction.

Carlsbad, im März 1869.

Sprudelsalz.

1 Glasflasche à 1 Pfund Fl. 3 öst. W.

Sprudelseife.

1 Paket à 1/4 Pfund 35 Kr. öst. W.

Bahnschmerzen

für immer zu vertreiben, selbst wenn die Zähne hohl und angeknackst sind, sie doch stehen bleiben können, ohne verrotten oder plombirt zu werden, durch mein weltberühmtes Zahnmundwasser.

E. Hieckstedt in Berlin, Pringensstraße Nr. 37. Zu haben à Flasche 5 Sgr. bei Frau Am. Wuttke in Posen, Wasserstr. 8-9.

Medizinische Mineralwässer, krystallklare, haltbare, moussirende Mineralwässer und Weine, Selterser u. Sodawasser empfiehlt zu soliden Preisen in frischer Füllung die Apotheke zu Margonin.

Succade Orangeade } 12 Sgr. pro Pfd. empfiehlt die Chocoladen- und Konfituren-Fabrik von Gebr. Mielche, Sapiehaplatz 1.

Extra feines Provencen-Öel empfing und empfiehlt Robert Seidel, St. Martin 23.

Leb. Hechte u. Barje Donnerst. Ab. b. Riettschhoff.

Seine als vorzüglich anerkannten 1864er Chât. d'Aux und Du Roi Margaux, à Fl. 15 Sgr. empfiehlt

Julius Buckow, Th. Baldenius Söhne Nachf., Wein-Grosshandlung, Wilhelmsplatz 15.

Frisch gebrannten, feinschmeckenden Dampfmaschinen-Kaffee, pro Pfund 10, 12 und 14 Sgr., empfiehlt Robert Seidel, St. Martin 23.

Die ersten neuen Matjes-Heringe empfing Jacob Appel, Wilhelmsstr. 9.

Die ersten neuen englischen Matjes-Heringe empfing

A. Cichowicz.

Avis für Raucher.

Orbe	à 9 Thlr. pro Mille.
Novia	10
Ulissa	10
Grant	13 1/2
Augusta	13 1/2
Minerva	13 1/2
Ines	13 1/2
Florenzia	15
Golondrina	15
Progresso	15
Manilla	16
Zamora	16
Juno	20
Rionda	20
Henry Clay	20
Maravilla	20
Rosa Habana	20
Escorial kräftig	20
Commercial	20
Reyna Regalia	25
Palmito	25
Vidalgo	25
Bretona kräftig	27 1/2
Crespo	30
Upmann I.	30
Flor Vinal	30
Flor de Londres	40
Cabanos	40
Integradad	40
Veneçiana	40
Aguijala de Oro	50

empfehl als ganz vorzüglich in Geschmack und Aroma

M. Heymann, Posen, Glogau, Friedrichstr. 33a. Paradeplatz. Bitte um gefällige Angabe, ob die Cigarre stark, mittel oder leicht sein soll.

R. Wiener, Markt- und Kurze Gasse Nr. 27/28, empfiehlt frische Tafelbutter, à Pfd. 10 Sgr. Der Feiertage wegen bleibt mein Geschäft vom 15. bis 17. d. M. inclusive geschlossen. M. Heymann.

Mailänder 10-Franks-Prämien-Scheine, viermal jährlich mit Gewinnen, 100,000, 50,000, 30,000. Nächsteziehung den 16. Juni. Obligationen à 2 1/2 Thlr. durch den Börsen-Agenten H. Wongrowitz, Kl. Serberstr. 1.

Ein gr. Parterre-3, Aussicht in den Garten, ist möbl. v. 1. Juni, Graben 30 zu verm.

Markt Nr. 81. ist ein Laden und die 1. Etage, bestehend aus 5 Stuben, Küche und Beigelaß zum 1. Oktober a. c. zu vermieten. Näheres bei Adolph Asch, Schloßstr. 5.

Unter A. B. C. 100. Protoschin, poste restante, sucht ein sehr gut empfohlener anständiger unverh. Wirth-Zuspachter zum 1. Juli d. J. bescheidene Stellung.

Zum Verkauf von Firnis und Lack sucht eine französische Fabrik einen soliden Agenten. Offerte sub H. S. # 15 poste restante Leipzig.

Zum 1. Juli oder zum 1. Oktober sucht für seine Apotheke einen Lehrling mit den erforderlichen Schulkenntnissen F. Ziechowski, Mur-Goslin. Eine kräftige Krankenwärterin wird sofort verlangt Bergstr. 14, Parterre rechts.

Drei tüchtige Buchbinder-Gehülfen finden dauernde Beschäftigung bei H. Bennewitz in Gnesen.

Ein im Polizeifache gewandter Bureau-Gehülfe findet sogleich eine Stelle durch die Expedition der Posener Zeitung.

Ein in der Schnittwaaren-Branchen vertrauter junger Mann, der auch in der Korrespondenz Beschäftigung, wird zum sofortigen Antritt zu engagiren gewünscht. H. Friedländer, Neutomysl.

Eine Wirthin, die die Milchwirthschaft versteht, aber nicht zu kochen braucht, wird zum 1. Juli gesucht auf dem Dominium Wieszkowo bei Kriewen.

Ein tüchtiger, geprüfter, evangelischer Hauslehrer, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, der Knaben bis zur Quarta eines Gymnasiums vorbereiten kann, wird gesucht. Ertheilung von Musikstunden auf dem Fortepiano wäre erwünscht, doch nicht Hauptbedingung. Meldungen werden erbeten H. R. poste rest. Jarocin.

Ein junges Mädchen, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, aus anständiger Familie, sucht von Johanni c. eine Stellung als Wirthschafterin und zur Unterstützung der Hausfrau. Es wird mehr gesehen auf eine freundliche Behandlung als Honorar. Adressen L. S. poste restante Sokolnit, Pofkation.

Ein junger Mann, mos., noch in Stellung, dem die besten Beugnisse zur Seite stehen, sucht vom 1. Juli c. in einem Tuch-, Manufaktur- oder Garderoben-Geschäft anderweitiges Engagement. Nähere Auskunft ertheilt Herr H. Eisen, Bromberg.

Ein junger Mann (mosaisch), welcher bisher in renommiten Herren-Garderoben-Geschäften en gros & en detail als Kommiss und Geschäftsführer fungirt, wünscht sofort anderweitige Stellung, wenn auch in andern Branchen. Die besten Beugnisse stehen ihm zur Seite. Offerten beliebe man unter Adresse Salomon Jacobus, Baudsburg W. Pr. gefälligst einzufenden.

Für Kaufleute und Gewerbetreibende. In meinem Verlage erschien seeben und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen: Die Buchführung

nach einfacher und doppelter Methode. Praktische und leicht faßliche Anleitung zum Selbstunterricht für Kaufleute und Gewerbetreibende, sowie ein Beitrag zur Förderung weiblicher Erwerbsfähigkeit, von Robert Schmidt, Kaufmann in Posen. Preis: 25 Sgr. gebunden Thlr. 1. Posen, Mai 1869.

Ernst Rehfeld, Wilhelmplatz Nr. 1. (Hôtel de Rome.)

Für die beim Brande in Schoppen Verunglückten sind ferner eingegangen: R. Kochmann, Schoppen, 10 Sgr. Selig Auerbach, Posen, 5 Thlr. Isidor Wid, Barcin, 2 Thlr. Marcus Peyser, Samter, 1 Thlr. Isidor Peyser, Samter, 1 Thlr. S. Korytowski, Panienka, 1 Thlr. Gebr. Lissner Firma M. Glückmann Kallisch, Posen, 3 Thlr. D. B. Cohn, Posen, 1 Thlr. G. Ballo, Posen, 1 Thlr. S. J. Kemat, Posen, 1 Thlr. Isidor Bradt, Posen, 2 Thlr. — Summa der Beiträge 121 Thlr. 16 Sgr. 4 Pf.

Das Komitee. B. Rosenbaum. Jacob Salomon.

5 Thlr. Belohnung erhält der Finder Wählenstraße 17, 1. Etage, einer Damen-Uhr mit zwei Koperten, schwarzen Email, einer kleinen Kette und Schlüssel, welche auf dem Wege von der Allee nach der St. Martinstraße, Ritterstraße und Wählenstraße verloren worden ist.

Von der Wallische nach der Schloßstraße ist eine goldene emailirte Broche verloren gegangen. Der ehrliche Finder erhält angem. Belohnung. Abzugeben bei Johanna Sluzewska, Schloßstr. 4.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung unserer Tochter Ottilie mit dem Herrn Nathan Wachs aus Wollstein erlauben wir uns, statt jeder besonderen Meldung, ergebenst anzugeben. Kosten, den 12. Mai 1869. Jacob Fischel und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich Ottilie Fischel, Nathan Wachs, Kosten, Wollstein. Heute Mittag 1 Uhr verschied nach kurzen Leiden im 91. Lebensjahre unser innigst geliebter Vater und Schwiegervater Georg Rujawa, Reg.-Sekr. a. D., was wir Verwandten und Freunden tief betrübt anzeigen. Ostrowo, 12. Mai 1869. Die Hinterbliebenen.

Heute früh 3 Uhr starb nach längerem Leiden unser theurer Gatte und Vater, der Gutsbesitzer Eduard Speichert, was tiefbetrübt Verwandten und Freunden anzeigen. Posen, den 12. Mai 1869. Die hinterbliebene Wittwe und Kinder. Die Beerdigung findet Freitag, Nachmittag 4 Uhr, vom Trauerhause, Grünstraße 1, statt.

Nachruf.

Vater Tiesche! Heimgegangen in der Seligen Wohnungen bist Du aus dem Erdenleben, um den Lohn dort zu empfangen, den Du Dir hier hast erungen! Dein Geist möge uns umscheiden, bis wir Dich in Friedenshöhen in Verklärung wiedersehen! Posen. S. S. l.

Unswärtige Familien-Nachrichten.

Todesfälle. Frau Kammerherrin Gräfin v. Wartenleben, geb. v. Goldbeck, in Karow, Frau Inspektor Emilie Malte, geb. Noak, in Berlin, Zimmermeister Höhrmund in Pankow, Kaufmann Emil Steinicke in Stettin, Oberst a. D. Rudolph Deinhard in Koblenz.

Saison-Theater.

Donnerstag, 13. Mai. Dorf und Stadt. Schauspiel in 2 Abtheilungen und 5 Akten v. Charlotte Birch-Pfeiffer. — Frau v. Beplin — Lorle. Freitag den 14. Mai. Auf Verlangen: Anna-Liese. Lustspiel in 5 Akten von Hermann Hirsch. Leopold von Dessau — Herr Bauer vom Stadttheater in Danzig als Gast. Anna-Liese — Fräulein v. Beplin. Billets sind bei den Herren Ed. Bote & G. Bock zu haben.

Vorläufige Anzeige. Einem hochgeehrten Publikum der Stadt Posen und Umgegend die ergebene Anzeige, daß ich unter meiner Direction im Circus, Kleine Ritterstraße, am 1., 2. und 3. Pfingstfeiertage, Abends 8 Uhr, Vorstellungen in der höheren Reitskunst, Pferdebedressur und Gymnastik zu geben die Ehre haben werde. Indem ich weder Kosten noch Mühe scheute und mehrere Künstler und Künstlerinnen engagirt habe, um dem Publikum einige gnußreiche Abende zu verschaffen, lade zu recht zahlreichem Besuch ergebenst ein Hugo Blennow. Alles Nähere die Tageszeitel.

Volksgarten.

Donnerstag den 13. und Freitag den 14. Mai Großes Konzert und Vorstellung. Auftreten der aus 22 Personen bestehenden Gesellschaft Mr. Hirsch und Prof. Jakloy. Entrée an der Kasse: 2 1/2 Sgr. Kinder 1 1/2 Sgr. Anfang 7 Uhr. Tagesbillets, 4 Stück für 7 1/2 Sgr. zu allen Vorstellungen gültig, bei Herrn N. Neugebauer. Emil Tauber.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 13. Mai 1869. (Wolff's telegr. Bureau.)

Waggen, matt.	52 1/2	52 1/2	Fondsboerse: wenig fest.
Mai-Juni	52 1/2	51 1/2	Markt-Pos. Stm.
Juni-Juli	51 1/2	51	Altien
Juli-August	51	51	Franzosen
Kaufliste:			Bombarden
nicht gemeldet.			Neue-Pof. Pfandbr.
Rüddel, fest.			Russ. Banknoten
Mai	11 1/2	11 1/2	Poln. Liquidat.
Sept.-Okt.	11 1/2	11 1/2	Pfandbriefe
Spiritus, matt.			1860 Loose
Mai-Juni	17 1/2	17 1/2	Italiener
Juni-Juli	17 1/2	17 1/2	Amerikaner
Juli-August	17 1/2	17 1/2	Türken
Kaufliste:			
nicht gemeldet.			

Stettin, den 13. Mai 1869. (Marose & Koss.)

Weizen, still.	66 1/2	67	Rüddel, fest.
Mai-Juni	67 1/2	67 1/2	Mai
Juni-Juli	67 1/2	67 1/2	Sept.-Okt.
Juli-August	68	68	Spiritus, höher.
Waggen, flau.			Mai-Juni
Mai-Juni	51 1/2	52 1/2	Juni-Juli
Juni-Juli	51 1/2	51 1/2	Juli-August
Juli-August	49 1/2	50	

Börse zu Posen

am 13. Mai 1869.

Fonds. Posener 4% neue Pfandbriefe 83 1/2 bz., do. Rentendriefe 85 1/2 Bd., do. Provinzial-Bankaktien 101 Bd., do. 5% Provinzial-Obligationen —, do. 5% Kreis-Obligat. —, 5% Odra-Meliorations-Obligationen —, do. 4% Stadt-Obligationen —, do. 5% Stadt-Obligationen —, poln. Banknoten 79 1/2 Br.

[Amtlicher Bericht.] Roggen [p. 25 Scheffel = 2000 Pfd.] pr. Mai 47, Mai-Juni 46 1/2, Juni-Juli 46 1/2, Juli-August 46 1/2. Spiritus [p. 100 Quart = 8000 % Kralles] (mit Faß) gekündigt 15,000 Quart. pr. Mai 16 1/2, Juni 16 1/2, Juli 16 1/2, August 16 1/2.

[Privatbericht.] Wetter: bewölkt. Roggen: Anfangs fest, schließt ruhiger. pr. Mai 47 bz. u. Br., Mai-Juni 47-46 1/2 bz., Bd. u. Br. Juni-Juli do., Juli-August 46 1/2 bz. u. Br. Spiritus: ermattend. Gef. 15,000 Quart. pr. Mai 16 1/2-1/2 bz. u. Bd., Juni 16 1/2-1/2 bz. u. Br., Juli 16 1/2 bz. u. Br., August 16 1/2 bz. u. Bd. ohne Faß 16 Bd.

Produkten-Börse.

Berlin, 12. Mai. Wind: Nord. Barometer: 28°. Thermometer: 20°. Witterung: schön. Roggen, der heute überwiegend begehrt wurde, war in fortwährender Besserung und hob sich Anfangs auf alle Termine im Werthe, schloß jedoch später etwas matter, nachdem ein reger Umsatz stattgefunden hatte. Loto ist der Handel nur mäßig zu nennen, auch schwimmend ging nicht viel um. Getündigt 10,000 Ctr. Kündigungspreis 52 1/2 Rt. Roggenmehl besser bezahlt. Getündigt 500 Ctr. Kündigungspreis 8 Rt. 14 1/2 Sgr.

Weizen höher. Getündigt 3000 Ctr. Kündigungspreis 62 1/2 Rt. Hafer loto in feiner Waare beliebt, sonst sehr vernachlässigt. Termine nur wenig fest. Getündigt 5400 Ctr. Kündigungspreis 30 1/2 Rt. Rüddel im Allgemeinen etwas ruhiger, als gestern, doch zum Schluß wieder ziemlich fest. Getündigt 100 Ctr. Kündigungspreis 11 1/2 Rt. In Bezug auf Spiritus gilt das Eingangsgesagte in ganz besonderem Grade. Ob Dedungen, ob neue und auf reeller Basis gegründete Käufe die heute fortgesetzte Preissteigerung so schnell förderten, ist nicht zu durchschauen und bleibt mindestens zweifelhaft. Der schwache Report spricht freilich immer sehr für momentan gesunde Position, dennoch hat es auch Jahre gegeben, die trotz ähnlicher Verhältnisse nicht günstig verliefen. Ubrigens schließt der Markt flau. Getündigt 20,000 Quart. Kündigungspreis 17 1/2 Rt. Weizen loto pr. 2100 Pfd. 60-70 Rt. nach Qualität, pr. 2000 Pfd. pr. diesen Monat 62 1/2 Rt. bz., Mai-Juni 62 1/2 bz., Juni-Juli 62 1/2 bz., 1/2 Bd., Juli-August 63 bz. Roggen loto pr. 2000 Pfd. 52 1/2 a 1/2 Rt. bz., schwim. 53/54 Pfd. 52 1/2 a 53 1/2 Rt. bz., per diesen Monat 52 1/2 a 53 a 52 1/2 Rt. bz., Mai-Juni 51 1/2 a 52 1/2 a 52 bz., Juni-Juli 51 1/2 a 1/2 a 1/2 bz., Juli-August 49 1/2 a 50 a 49 1/2 bz., Sept.-Okt. 49 1/2 a 1/2 a 1/2 bz. Serfe loto pr. 1750 Pfd. 40-52 Rt. nach Qualität. Hafer loto pr. 1200 Pfd. 29-34 Rt. nach Qualität, 29 a 33 1/2 Rt. bz., per diesen Monat 30 1/2 a 1/2 a 1/2 Rt. bz., Mai-Juni 30 1/2 a 1/2 a 1/2 bz., Juni-Juli 30 1/2 a 1/2 a 1/2 bz., Juli-August 29 1/2 a 1/2 a 1/2 bz., Sept.-Okt. 28 a 1/2 a 1/2 bz. Erbsen pr. 2250 Pfd. Roggenwaare 60-68 Rt. nach Qualität, Futterwaare 51-55 Rt. nach Qual. Rays pr. 1800 Pfd. 83-87 Rt. Rüben, Winter-82-86 Rt. Rüddel loto pr. 100 Pfd. ohne Faß 11 1/2 Rt., per diesen Monat 11 1/2 a 1/2 a 1/2 Rt. bz., Mai-Juni do., Juni-Juli 11 1/2 a 1/2 a 1/2 bz., Juli-August 11 1/2

h, August-Sept. — Sept.-Oktbr. 11 1/2 a 1/4 a 1/2 b, Okt.-Novbr. 11 1/2 Mt, Novbr.-Dez. 11 1/2 a 1/4 b, ...

Lupinen vernachlässigt, p. 90 Pfd. 52-54 Sgr. ... Bromberg, 12. Mai. Bind: SW Bitterung: trübe. Morgens 12° Wärme. Mittags 15° Wärme.

Paris, 12. Mai, Nachmittags. ... Antwerpen, 12. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. ...

Meteorologische Beobachtungen zu Posen. Table with columns: Datum, Stunde, Barometer 233 über der Höhe, Therm., Wind., Wolkensform.

Wasserstand der Warthe. Posen, am 12. April 1869, Vormittags 8 Uhr, 2 Fuß — 3oll 13. Mai

Telegramme.

Berlin, 13. Mai. Es wird berichtet, Benedetti habe von Paris die friedlichsten Anschauungen mitgebracht und in verschiedenen Unterredungen betont, die kaiserliche Politik sei nirgends gewillt, der Entwicklung des Nordbundes entgegen zu treten...

Stettin, 12. Mai. [Amlicher Bericht.] Wetter: bewölkt. Gestern Nachmittag Gewitterregen mit Hagel. ...

Telegraphische Börsenberichte. Köln, 12. Mai, Nachmittags 1 Uhr. Weizen fester, loco 6, 5 a 6. ...

Breslau, 12. Mai, Nachmittags. Hlau. Spiritus 8000 % R. 15 1/2. Roggen pr. Mai 48, pr. Mai-Juni 48.

Bremen, 12. Mai. Petroleum, Standard white, unverändert, matt. Hamburg, 12. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Hlau, Valuten sehr begehrt.

London, 12. Mai. Getreidemarkt (Anfangsbericht). Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 660, Hafer 7030 Quarters.

Liverpool (via Haag), 12. Mai, Mittags. (Von Springmann & Co.) Baumwolle: 8000 Ballen Umfag. Unverändert.

Breslau, 12. Mai. [Amlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat, rothe sehr fest, ordn. 8-9, mittel 10-11, fein 11 1/2-12 1/2.

Fonds- u. Aktienbörsen.

Table listing various bonds and stocks under 'Fonds- u. Aktienbörsen' with columns for name, price, and other details.

Table listing 'Ausländische Fonds' (Foreign Bonds) with columns for name, price, and other details.

Table listing 'Prioritäts-Obligationen' (Priority Obligations) with columns for name, price, and other details.

Table listing 'Berlin-Stettin' and other regional market data with columns for name, price, and other details.

Table listing 'Eisenbahn-Aktien' (Railway Stocks) with columns for name, price, and other details.

Table listing 'Gold, Silber und Papiergeld' (Gold, Silver, and Paper Money) with columns for name, price, and other details.

Die Börse war matt und wirkten auswärtige schlechte Notierungen und die durch die Lage des englischen Geldmarktes hervorgerufenen Besorgnisse ungünstig auf die Haltung ein.

Breslau, 12. Mai. Bei ziemlich starkem Angebot der Spekulationspapiere waren deren Kurse größtentheils weicher, doch war das Geschäft nicht ganz unbelebt.

Frankfurt a. M., 12. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Neue Spanier 28 1/2. Hlau, Nach Schluss der Börse fest. Kreditaktien 287 1/2, 1860er Loose 83, Staatsbahn 34 1/2.